

Wilhelm Kempf

Von postfaschistischer Unaufrichtigkeit zum Aufstieg des Feschismus – die dubiose Karriere eines Operettenstaates

Empirische Befunde zur Konstruktion nationaler Identität in österreichischen Printmedien 1946-1995

Land der Berge, Land am Strome,
Land der Äcker, Land der Dome,
Land der Hämmer, zukunftsreich!
Heimat bist Du großer Söhne,
Volk, begnadet für das Schöne,
vielgerühmtes Österreich,
vielgerühmtes Österreich!

(Bundeshymne der Republik Österreich)

1. Einleitung

Die Regierungsbeteiligung der rechtsradikalen FPÖ in Österreich stellt eine Zäsur in der österreichischen Nachkriegsgeschichte dar, welche nicht nur die Frage nach der nationalen Identität Österreichs völlig neu aufwirft, sondern auch Europa, das sich – wie Vaclav Havel in seiner Straßburger Rede anmerkte – „bisher nicht mit seiner Identität befaßt hat“, eine Debatte darüber aufzwingt, „was Europa ist und warum es überhaupt ist“ (Volf, 2000, 6).

Diese Debatte - so sie denn zustandekommen wird – ist umso dringlicher, als die Aussetzung der bilateralen Kontakte mit Österreich seitens der übrigen Länder der EU nicht nur regierungsoffiziell in Österreich, sondern auch von unzähligen europäischen Medien und Politikern als „völlig überzogen“ eingestuft wurde. In Deutschland etwa bekundete der damals-noch CDU-Vorsitzende Wolfgang Schäuble vollstes Vertrauen zur österreichischen Schwesterpartei ÖVP. Der bayrische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU), der sich bereits unmittelbar nach den österreichischen Nationalratswahlen für eine schwarz-blaue Koalition stark gemacht hatte, sprach von einem „diplomatischen Amoklauf“. Der frühere Außenminister Klaus Kinkel (FDP) nannte die bilateralen EU-Sanktionen einen „totalen Overkill“. Der SPD-Politiker Peter Glotz rügte in der *Süddeutschen Zeitung* den europäischen „Hochmut“, und in der *FAZ* stand zu lesen, es sei die massive Reaktion Israels gewesen, das seinen Botschafter abberufen hatte, die der EU-Reaktion „die in Amerika unüberhörbare und in Europa unwiderstehliche Resonanz“ verschafft habe (vgl. Heinrich, 2000, 331f).

Jörg Haider, der bereits 1997 vorhergesehen hatte: „In Deutschland darf man gespannt sein, wer die besseren Freiheitlichen sind – Edmund Stoiber und seine CSU oder Gerhard Schröder mit seinen Sozialdemokraten“ (Haider, 1997, 99), wurde von so viel Unterstützung für die Regierungsbeteiligung der FPÖ – trotz offizieller EU-Isolationspolitik gegen Österreich (und bis hin zu den antisemitischen Untertönen) –

vermutlich am wenigsten überrascht. Wenn Haider (a.a.O.) seine Politik „patriotisch, marktwirtschaftlich, gemeinschaftsorientiert und menschlich“ in eine Linie mit New Labour stellt, oder wenn er betont, seine Ausländerpolitik unterscheide sich nicht von der eines Blair oder Schily, er liege ganz auf der Linie der französischen Gaullisten, dann mag das demagogisch klingen – aber, es ist im Kern wahr. Die materielle Substanz der Haiderschen „Erneuerung“ ist die rigorose Umsetzung eines neoliberalen Gesellschaftsentwurfes, der die soziale Frage letztlich sozialdarwinistisch beantwortet, mit der Folge extremer ökonomischer und sozialer Polarisierung zuungunsten der abhängig Beschäftigten, der Frauen, der ausländischen Bevölkerung, der Armen (Ptak, 2000). Das erkennt auch der Leitartikel der *FAZ* vom 8.2.2000, der dem schwarz-blauen Regierungsprogramm bescheinigt, es lese sich „wie das Bekenntnis Gestaltungswilliger im Geiste des Neoliberalismus“ (Olt, 2000, 1). Und Franz Schandl wirft im *Freitag* vom 4.2.2000 die Frage auf, ob „die EU-Mächtigen“ Haider nur deshalb „partout verhindern wollen, weil sie Angst davor haben, er könnte sich zum aufrechtsten Verfechter ihrer Festungspläne machen und daher den Charakter ihrer Gemeinschaft extrem verdeutlichen“ (Schandl, 2000b).

Wenn Olt in der *FAZ* die Frage stellt, ob man denn „in Brüssel und anderswo so wenig Vertrauen in die Resistenz des Gemeinschaftskörpers und seiner Organe (habe), daß man das kleine Österreich wie den Träger eines Infektionsherds vorbeugend glaubt unter Quarantäne stellen zu müssen“ (Olt, 2000, 1), dann geht er damit – wenngleich mit umgekehrtem politischen Vorzeichen – letztlich von der selben Voraussetzung aus wie Schandl, für den das „was Haider von den etablierten Demokraten in Europa unterscheidet, (...) das Übermaß an Demagogie und ein Quantum an Xenophobie (ist). Er spitzt zu, was sie vorhaben. Haider ist grausamer, aber ehrlicher, seine Gegner sind zurückhaltender, aber verlogener“ (Schandl, 2000b).

Die Inhalte Haiderscher Politik sind in Europa durchaus konsensfähig. Und wenn der amtierende EU-Ratspräsident António Guterres (zit.n. Vestring, 2000, 9) davon spricht, das Problem sei „das Wesen der FPÖ, und ich hoffe, daß das Wesen der FPÖ sich verändern wird“, so kündigt sich damit bereits die Rückkehr zur Normalität in den Beziehungen der EU zu Österreich an, für welche Haider durch seinen Rückzug vom Parteivorsitz der FPÖ eine taktische Vorleistung erbracht hat – auch wenn Guterres damals noch standhaft erklärt hatte, das Problem sei nicht die Person Haiders, sondern seine Partei.¹

Dabei ist Guterres insofern Recht zu geben, als es tatsächlich eine völlige Verkennerung der Sachlage wäre, das Problem FPÖ auf die Person Haiders zu reduzieren. Doch die Hoffnung darauf, daß sich das Wesen der FPÖ verändern werde, ist ebenso unangemessen wie die Hoffnung darauf, daß Haider sein Wesen verändert. Auch wenn Haider sich gerne so darstellt, als bestimme er allein die Linie der Partei, bedeutet dies jedoch nicht, daß er auch tatsächlich der führende theoretische Kopf der FPÖ ist. Wie Gessenharter (2000) aufzeigt, ist Haider vielmehr in ein Geflecht von neurechten Ideologieproduzenten integriert, die fast alle, wie Haider selbst, Burschenschaften entstammen und insbesondere mit Gleichgesinnten in Deutschland regen Kontakt pflegen. „Haider bewegt sich (...) in einem Kreis von Bewegungseliten, die teilweise in der Medienlandschaft massiv präsent sind und ihre Themen auch

¹ Vgl. *Die Presse* vom 1.3.2000.

durchsetzen können. Haider's unmittelbare Berater halten sich dagegen eher im Hintergrund und versorgen ihren Spitzenmann mit den nötigen Grundideen und Einfällen. Die Arbeitsteilung funktioniert: Haider hat seine Vordenker, er selbst ist der Mann für die breite Öffentlichkeit“ (Gessenharter, 2000, 21).

Hinzu kommt, daß die extreme Rechte nur noch einen kleinen Teil des Wählerpotentials der Freiheitlichen ausmacht. Die FPÖ wird von den neu gewonnenen Wählerschichten gerade deshalb gewählt, weil sie reale Probleme, Unzulänglichkeiten oder Widersprüche in der österreichischen Gesellschaft aufgreift und mit dem Mittel des Tabubruchs öffentlich anprangert (Ptak, 2000).

Was der FPÖ ihr Profil verleiht, ist das Zusammentreffen dreier konstitutiver Merkmale: rechtsextremes Fundament, neoliberale Substanz und marktgerechte Präsentation (Ptak, 2000). Was das Wesen der FPÖ darüber hinaus ausmacht, ist ihre unglaubliche Flexibilität und Anpassungsfähigkeit an die Erfordernisse des Marktes, die sich mit der Regierungsbeteiligung der FPÖ in Österreich allerdings insofern geändert haben, als neben den Binnenmarkt der österreichischen Wählerschaft nun auch der Weltmarkt getreten ist, auf dem Österreich als von der FPÖ-Politik geprägte Nation zu verkaufen ist.

In Österreich nehmen es „die normalen Leute (...) Haider nicht übel, wie er mit seiner Umgebung verfährt“. Im Gegenteil: „Sein autoritäres Gehabe kommt prächtig an. Sie selbst sind nichts anderes gewohnt. Kleine Leute hassen kleine Gauner (...) Haider aber, den sie lieben, ist kein kleiner Gauner. Ja, er prügelt diese vor einer begeisterten Menge regelrecht durch“ (Schandl, 2000a, 242). „Das ist Haider's Angebot. ‚Er gibt ihnen Saures‘ (...) Die Leute erfreuen sich gar nicht an seinen Wortschöpfungen, sondern an den Wirkungen, die sie auslösen. Sie wählen Haider nicht, weil er die Beschäftigungspolitik der Nazis gelobt hat, sondern weil er damit die ‚Bonzen‘ gewiefelt hat (...) Haider ist ihr Stellvertreter, über den sie sich abreagieren können. Und es ist gar nicht so sehr das Ziel (...), sondern die Methode des Umgangs“ (Wilhelm, 1996, 19).

Die „Ehrlichkeit“, mit der Haider sowohl das rechtsextreme Fundament als auch die neoliberale Substanz der FPÖ sichtbar macht, ist eine auf den österreichischen Binnenmarkt gerichtete Marketingstrategie und kein Charakterfehler Haider's. Der Erfolg dieser Strategie macht jedoch deutlich, daß das Problem tatsächlich nicht nur die FPÖ, sondern – wie noch zu zeigen sein wird – die politische Kultur in Österreich schlechthin ist. „In einem normalen, modernen Land“ gibt Armin Thurnher im *Falter* zu Bedenken, „liest man eben keine Zeitung, die rassistische Kampagnen betreibt und vor antisemitischen Untertönen nicht zurückscheut; ist man eine öffentliche Person, nimmt man öffentlich dagegen Stellung. Bisher aber hat die *Krone* in Österreich mitregiert. Äußert ein Politiker in einem normalen, modernen Land nationalsozialistische Anspielungen, hetzt er gegen Künstler oder gegen Fremde, oder hetzt er nur überhaupt, ist seine Karriere beendet. Bei uns hat Haider Karriere gemacht“ (Thurnher, 2000, 5).

Daß solches in einem „normalen, modernen Land“ nicht – oder zumindest nicht so offen – geht, weiß auch die FPÖ und zeigt sehr schnell ihre Anpassungsfähigkeit: Als am 12. März 2000, dem 62. Jahrestag des Anschlusses Österreichs an Hitlerdeutschland, 650 Neonazis in der Berliner Innenstadt unter dem Motto demonstrieren

„Wir sind ein Volk – Solidarität mit Österreich“, gibt sich die FPÖ-Staatssekretärin für Tourismus, Mares Rossmann,² ganz europatauglich: „Das wäre in Österreich nicht möglich gewesen. Wir haben ein strenges Verbot für Huldigungen dieser Symbolik“. Wenn die marktgerechte Präsentation der schwarz-blauen Koalition auf dem europäischen Markt erst einmal Früchte getragen hat, und wenn darüber der Eindruck entstanden sein wird, die FPÖ habe ihr Wesen verändert, wird die Welt auch in Österreich wieder in Ordnung und die österreichische Nachkriegsidentität wieder restauriert sein. Dann gilt wieder, was schon immer gegolten hat, und was Elfriede Jelinek (zit.n. Matheiss & Jelinek, 1999, 2) in die Worte faßt: „Wir alle können uns jetzt endlich sehen lassen, nicht weil wir eine Schuld eingebüßt hätten, sondern weil wir, wie gesagt, nie schuld an irgendetwas gewesen sind, und wenn, dann ist das jetzt auch egal“.

2. Österreichische Mentalität und politische Kultur nach '45

Diese für die österreichische Nachkriegsidentität so charakteristische Grundhaltung wurde bereits von Helmut Qualtinger in *Der Herr Karl* sehr treffend nachgezeichnet und wird nur verstehbar, wenn man einen Blick auf die geistige und moralische Ruinenlandschaft wirft, auf welche der Neubeginn der österreichischen Nation nach '45 gegründet war.

Das Kriegsende und die Proklamierung der Wiedererrichtung der Republik Österreich durch die provisorische Regierung unter Karl Renner am 27. April 1945 wurden von weiten Teilen der Bevölkerung keineswegs als Befreiung erlebt, sondern als „Zusammenbruch“ – nicht nur des Dritten Reiches, sondern ihrer ureigenen deutsch-nationalen Größenvorstellungen als Teil des „Reichs“.

Das vom Krieg zerstörte Land und die Hauptstadt Wien waren in vier alliierte Besatzungszonen aufgeteilt. Eine Konzentrationsregierung unter Beteiligung aller Parteien (bis 1947)³ mußte zunächst das Überleben sichern, die Rückkehr der Kriegsgefangenen und Hilfe von außen (UNRRA⁴) erreichen, mit einem gewaltigen Flüchtlings- und Vertriebenproblem fertig werden und den Wiederaufbau beginnen. Außenpolitisch wollte sie Südtirol gewinnen⁵ und strebte einen Staatsvertrag und den Abzug der Besatzung an.

Für diese außenpolitischen Ziele konnte sich Österreich die Jalta-Absprachen der Alliierten nutzbar machen, in denen sich Stalin mit der Interpretation von Österreich als „Hitlers erstem Opfer“ gegen Roosevelt und Churchill durchgesetzt hatte, die den gescheiterten österreichischen Staat nicht wiedererrichten, sondern auf die Nachbarstaaten aufteilen wollten. Daß die Zweite Republik ausgerechnet Stalin zu verdanken

² Zit.n. *Berliner Zeitung* vom 13.3.2000.

³ Österreichische Volkspartei (ÖVP), Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ), Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) und Verband der Unabhängigen (VdU), aus dem später die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) hervorgegangen ist.

⁴ United Nations Relief and Rehabilitation Administration.

⁵ 1946 wurde mit dem Gruber-De Gaspari-Abkommen die Grundlage für die Autonomie Südtirols gelegt.

ist, war von Anfang an unerträglich. Aber Stalins Phantasie vom ersten Opfer der Nazis, das „befreit“ zu werden verdiente, wurde von der politischen Klasse begeistert aufgegriffen.

Um politisches Kapital daraus schlagen zu können, mußte nicht nur die nationalsozialistische Vergangenheit Österreichs (1938-1945) verleugnet werden (Nationalsozialistengesetz 1947, Amnestie für Minderbelastete 1948, Entnazifizierung). Noch in den 70er Jahren las man in Österreichs offiziellem Geschichtsbuch (zit.n. Behr, 1999): „Der Zweite Weltkrieg gehört zur Weltgeschichte, nicht aber zur eigentlich österreichischen Überlieferung. Er war kein österreichischer Krieg; Österreich hat als Staat an ihm nicht teilgenommen. Daß dies anfangs hunderttausenden Österreichern nicht klar war, ist aus den Zeitumständen und der massiven nationalsozialistischen Propaganda her zu erklären“.⁶

Um aus dem österreichischen Opfermythos politisches Kapital schlagen zu können, mußte auch die Geschichte der Ersten Republik (1918-1938) verleugnet werden, die 1934 in der Auflösung des Parlaments durch den christlich-sozialen Kanzler Dollfuß, in einem dreitägigen Bürgerkrieg und in der Errichtung der an Mussolini angelehnten austrofaschistischen Diktatur ihr Ende als demokratisches Gebilde und vier Jahre später mit dem Anschluß an Hitlerdeutschland ihr Ende als Staat gefunden hatte.

Nach dem verlorenen Bürgerkrieg floh die österreichische Linke, teils nach Moskau, teils nach Mexiko, andere in die USA, und wem dies nicht gelang, kam in österreichische Konzentrationslager. Dann putschten die Nazis und ermordeten Dollfuß. Der Putsch mißlang, und wer nicht ins „Reich“ fliehen konnte, kam zu den Linken ins KZ. Nach dem triumphalen Einzug Hitlers in Österreich wurden die Nazis aus den KZs befreit. Ihren Platz nahmen die Christlich-Sozialen ein. Nun saßen Sozialdemokraten und Austrofaschisten gemeinsam hinter Stacheldraht und lernten, miteinander zu überleben.

Diese gemeinsame KZ-Erfahrung von Teilen der politischen Klasse Österreichs war es, die nach dem Weltkrieg als Grundlage für Legendenbildung diente, welche die faschistische Vergangenheit der Christlich-Sozialen Partei (die sich nun Volkspartei nannte) verwischen, ihre Kooperationsfähigkeit mit der Sozialdemokratischen Partei (die sich nun sozialistisch nannte) im Geiste eines österreichischen Patriotismus belegen und das Image Österreichs als demokratischer Republik begründen sollte.

Durch die Schaffung des politischen Systems des „Proporz“, das sich zunächst in der bis 1965 andauernden großen Koalition zwischen ÖVP und SPÖ und schon bald in der *de facto*-Ausschaltung des Parlamentarismus durch die Sozialpartnerschaft, einem Erbe des autoritären Ständestaates, niederschlug, die einen außerparlamentarischen Interessenausgleich in Zusammenarbeit zwischen den politischen Parteien und den Interessenvertretungen suchte, konnte zwar einerseits ein erneute Polarisierung der Bevölkerung vermieden werden, andererseits blieb der demokratische Parlamentarismus in Österreich jedoch bis heute unterentwickelt.

⁶ In der zweiten Hälfte der 80er Jahre, in einem Land, das gerade Waldheim zum Bundespräsidenten gewählt hatte und nun, 40 Jahre nach Entstehen des österreichischen Opfermythos, gezwungen war, eine neue Formel zu finden, mit der es Schuld eingestehen und dennoch unschuldig bleiben konnte, fand Bundeskanzler Franz Vranitzky (SPÖ) diese Formel in der Aussage, daß einzelne Österreicher sich in der Geschichte schuldig gemacht hätten, Österreich selbst aber habe es damals gar nicht gegeben (vgl. Menasse, 1999, 29f).

Am 15. Mai 1955 konnte nach Verhandlungen mit den Besatzungsmächten die Unterzeichnung des Staatsvertrages in Wien erreicht werden. Am 26. Oktober verließ der letzte alliierte Soldat das Land, und Österreich beschloß seine immerwährende Neutralität. Österreich war wieder ein souveräner Staat. Kurz darauf trat Österreich ohne jeden Vorbehalt den Vereinten Nationen bei (Türk, 1997, 17).

Seit 1956 ist die Freiheitliche Partei (FPÖ) im Nationalrat vertreten, die KPÖ schied bei den Nationalratswahlen 1959 aus. Insgesamt machten sich Anzeichen der Auflösung der überkommenen politischen Lager bemerkbar. Die Proporzdemokratie geriet in Verruf. Die Wirtschafts- und Sozialstruktur veränderte sich infolge des Verlustes von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft. Die frei werdenden Kapazitäten wurden zunächst von der Industrie aufgenommen, später auch vom Dienstleistungsbereich. Stellung und Lage der Arbeiter verbesserten sich und wurden denen von Angestellten zunehmend angenähert. Immer mehr Frauen wurden erwerbstätig. Die Verstärkung nahm zu. Im Handwerk verschwanden bestimmte Berufe, neue entstanden. Im Bevölkerungsaufbau entwickelte sich eine tendenzielle Überalterung. Der Ausbau des Sozialstaates verstärkte die soziale Absicherung.

Mit dem Sieg der ÖVP und dem Gewinn der absoluten Mehrheit bei den Nationalratswahlen 1966 wurde die Phase der großen Koalitionen vorerst beendet. Die Alleinregierung der ÖVP operierte jedoch relativ glücklos. Zwar bemühte sie sich um eine Versachlichung der Politik und um politische Reformen, die jedoch nur teilweise umgesetzt wurden und schon bei den Wahlen 1970 wieder zum Verlust der Mehrheit führten. Die SPÖ unter Bruno Kreisky wurde erstmals stärkste Partei.

Nach seinem Wahlsieg führte Kreisky zunächst eine SPÖ-Minderheitsregierung. In der Erwartung, zwecks längerfristiger Machtsicherung ggf. eine sozial-liberale Koalition nach bundesdeutschem Vorbild eingehen zu müssen, zögerte Kreisky nicht, den FPÖ-Vorsitzenden Peter, einen früheren SS-Mann, auf Staatsbesuch nach Polen und zur Kranzniederlegung im Warschauer Ghetto mitzunehmen. Zur Bildung einer solchen Koalition kam es jedoch nicht. Bei den Neuwahlen 1971 erzielte Kreisky die absolute Mehrheit, welche die SPÖ bis 1983 behielt.

In den Anfangsjahren der Ära Kreisky herrschte wirtschaftliche Hochkonjunktur. Der Bedarf an Arbeitskräften konnte im Inland nicht mehr gedeckt werden. Mit der einsetzenden Zuwanderung von Gastarbeitern aus Jugoslawien und der Türkei begann eine Bevölkerungsentwicklung, die bis in die 90er Jahre anhielt. Die von Kreisky (entgegen seinem Reformprogramm, das Demokratisierung aller Lebensbereiche versprach) erst zu voller Blüte entfaltete Sozialpartnerschaft garantierte ein hohes Maß an sozialem Frieden. Ab Mitte der siebziger Jahre wuchsen Budgetdefizite und Staatsverschuldung. 1982 erreichte die Budgetkrise einen ersten Höhepunkt. Auch die Bilanz des Außenhandels, der vielfach nur durch Kredite an die Oststaaten (Polen, DDR) in Schwung gehalten werden konnte, verschlechterte sich. Der Rückgang des Bauwesens verstärkte die Arbeitslosigkeit (die jedoch immer noch weit unter bundesdeutschem Niveau blieb), und die 35-Stunden-Woche wurde diskutiert. Trotz der ungünstigen Wirtschaftslage wurden die staatlichen Ausgaben im Sozial- und Gesundheitswesen erhöht.

Die aktive Neutralitätspolitik Kreiskys verhalf Österreich zu erhöhter internationaler Bedeutung und bewirkte ein gesteigertes Selbstbewußtsein der Österreicher, das von den Mainstream-Medien, insbesondere der *Kronenzeitung*, jedoch in übelster

Weise kanalisiert wurde. Daß der Jude Bruno Kreisky in einem Land, in dem Antisemitismus bis heute zur Alltagskultur gehört,⁷ in einem Maße verehrt wurde wie sonst nur Kaiser Franz Josef, ist nicht zuletzt auch der Tatsache geschuldet, daß man der Interpretation seiner Nahostpolitik als antisemitisch motiviert nicht nur nicht entgegengetreten ist, sondern durch vage Andeutungen jene dumpfe Stimmung gefördert hat, die (auch wenn man sich das nur hinter vorgehaltener Hand zugeraunt hat) zum Inhalt hatte, es sei schon ein Glück, einen Juden zum Bundeskanzler zu haben, denn nur als Jude darf er das – es denen mal richtig zu zeigen.

Der von der *Kronenzeitung* zur Perfektion entwickelte populistische Medienstil, der mit Anspielungen auf die Stimme des Volkes arbeitet, ohne je wirklich etwas zu sagen, worauf man sie festnageln könnte,⁸ hat wesentlich zu der Zustimmungswelle beigetragen, die wenige Jahre nach dem Abdanken von Kreisky den Rechtspopulisten Haider in der Publikumsgunst nach oben gespült hat. Nachdem die rassistischen und antisemitischen Emotionen der „kleinen Leute“ über Jahrzehnte hinweg virulent gehalten wurden, ist da jetzt einer, der schonungslos offen ausspricht, wovon sie gedacht hatten, es müßte für immer im Kreis des privaten Stammtischgeschwätzes eingeschlossen bleiben. Da fühlt man sich gleich auch selbst ein Stück größer. Und das ist es, was die Faszination des Tabubruchs ausmacht: dieses befreiende Gefühl. Einfach „freiheitlich“, und „fesch“ noch dazu.

Daß in der österreichischen Bevölkerung ein erhebliches rechtsradikales Potential schlummert, wurde bereits in den Anfangsjahren der Regierung Kreisky mit dem sogenannten „Kärntner Ortstafelkrieg“ augenfällig. In Erfüllung von Artikel 7 des Staatsvertrages hatte der Nationalrat im Juli 1972 (auf Verlangen der ÖVP in namentlicher Abstimmung) mit 90:87 Stimmen das Ortstafelgesetz verabschiedet, welches die Errichtung zweisprachiger topographischer Bezeichnungen in jenen Ortschaften Kärntens vorsah, in denen aufgrund der Volkszählung von 1961 mindestens 20 Prozent der Einwohner slowenisch sprechen. Nach Aufstellung der ersten zweisprachigen Ortstafeln im September 1972 kam es über Wochen und Monate hindurch zu nächtlichen Übergriffen, in denen die Ortschilder demoliert, demontiert oder deren slowenische Aufschrift mit Farbe überschmiert wurde. Der Urheber des Gesetzes, der damalige Landeshauptmann Hans Sima, wurde von Deutschnationalen mit Eiern be-

⁷ Um sich davon zu überzeugen, braucht man nur mal im Beisl, im Kaffeehaus oder beim Heurigen den Witzen zu lauschen, die dort am Nebentisch erzählt werden (vgl. Fian, 2000, 7). Vielleicht noch deutlicher wird der alltägliche Antisemitismus aber in der Unbefangenheit, mit welcher Sätze wie der folgende selbst Parlamentariern der Grünen über die Lippen kommen. Anlässlich der Ablehnung, das Palais Epstein, in dem bisher der Wiener Stadtschulrat residiert hatte, als „Haus der Geschichte“ zu nutzen, erklärte Andreas Wabl (zit.n. Menasse, 1999, 83): „Wenn wir jedes Haus, das irgendwann einmal von einem Juden gebaut worden ist, heute irgendwelchen antifaschistischen Institutionen geben, dann können wir selbst bald überall ausziehen!“

⁸ Als Beispiel aus jüngster Zeit hierzu eine Gegendarstellung, welche der *Kronenzeitung*-Herausgeber, Hans Dichand, auf dem Titelblatt der Ausgabe 8/00 des *Falter* abdrucken ließ: „Gegendarstellung. Sie veröffentlichen in der Ausgabe Nr.1-2/00 der periodischen Druckschrift ‚Falter‘ auf der Titelseite ein Plagiat einer in dieser Form niemals erschienenen Titelseite der ‚Neuen Kronen Zeitung‘ und schreiben zur Problematik einer allfälligen Koalition zwischen der FPÖ und der ÖVP in der Überschrift ‚Dichand: Weil ich es justament nicht will!‘. Diese Behauptung ist unrichtig. Ich habe die mir in den Mund gelegte Äußerung niemals abgegeben, sondern vielmehr immer die Auffassung vertreten, daß eine Fortsetzung der bisherigen Koalition zwischen SPÖ und ÖVP den Interessen Österreichs dienlicher ist als eine Koalition zwischen FPÖ und ÖVP“.

worfen, Partisanendenkmäler und Kärntner Abwehrkämpferdenkmäler wurden gesprengt. Obwohl sich in einer Meinungsumfrage Ende Oktober/Anfang November 60% der befragten Österreicher gegen die „Tafelstürmer“ aussprachen, sah sich Kreisky im Dezember 1972 gezwungen, eine Ortstafelkommission einzuberufen, die im Juli 1975 zu einer Einigung der drei Parlamentsparteien SPÖ, ÖVP und FPÖ führte, in ganz Österreich eine Volkszählung zur Minderheitenfeststellung durchzuführen, die von linken Kritikern als „demographischer Völkermord“ an den in Österreich lebenden Minderheiten gebrandmarkt wurde. Denn, in der Tat, wie ein Gemeindebediensteter in Hohenthurn zu bedenken gab: „De Slovena seint ja lei in da Gruppn stoak, wenn oba ana do auf die Gemeinde einakummt und eineschreibn muaß, wos er is, dann folft a jeda um“.⁹

Anlässlich eines vom Ring Freiheitlicher Studenten veranstalteten Vortrags zur „Slowenenfrage“ kam es am 18. Mai 1976 zu Zwischenfällen an der Universität Wien. Mitglieder der Neonazi-Organisation „Aktion Neue Rechte“, der Kameradschaft „Babenberg“ und einiger schlagender Burschenschaften bedrohten „Andersgesinnte“ und verwehrten ihnen den Zutritt. Die Teilnehmer einer Gegenkundgebung wurden von der durch den Rektor Seitelberger herbeigerufenen Polizei davongepögel.

Die in der Dreiparteienvereinbarung vom 1. Juli 1976 beschlossenen Maßnahmen, das Volksgruppengesetz und die Änderung des Volkszählungsgesetzes durch Einführung einer geheimen Erhebung der Muttersprache, machten schließlich den Weg für die Volkszählung vom 14. November 1996 frei, in der sich an der geheimen Erhebung der Muttersprache nur 27% der Stimmberechtigten beteiligten. Das Ergebnis der unter dem Druck deutschnationaler Kreise durchgeführten Volkszählung übertraf noch die schlimmsten Befürchtungen. Absurd genug: Es gab in Wien dreimal so viele Slowenen (4.747) wie im ländlichen gemischtsprachigen Gebiet in Kärnten.

Nach dem Verlust der absoluten Mehrheit, 1983, trat Kreisky als Bundeskanzler ab, und die SPÖ bildete unter Fred Sinowatz eine kleine Koalition mit der FPÖ, in der sich inzwischen der sozialliberale Flügel um Norbert Steger durchgesetzt hatte.

1986 endete die zweite Amtsperiode des Bundespräsidenten Rudolf Kirchschläger (SPÖ). Der folgende Wahlkampf stand im Zeichen der Auseinandersetzung um die Vergangenheit des ÖVP-Kandidaten Kurt Waldheim als Offizier der deutschen Wehrmacht in Jugoslawien. Dieser gewann zwar die Wahl, blieb aber vor allem im Ausland umstritten (Aufnahme in die „Watchlist“ der USA, Reduktion der diplomatischen Beziehungen Israels zu Österreich).

Waldheims Satz „Ich habe nur meine Pflicht getan“ – derselbe Satz, mit dem sich (der 1961 aus Österreich ausgebürgerte) Eichmann in seinem Prozeß zu rechtfertigen versucht hatte - löste in Österreich einen gesellschaftlichen Diskurs von solcher Heftigkeit aus, daß er zu einer plötzlichen Erosion der bis dahin völlig versteinert erscheinenden österreichischen Verhältnisse führte und alles in Frage stellte, was bislang „Tabu, Mythos, bequeme Gewohnheit und letztlich jegliche Intelligenz beleidigendes Legitimationsritual“ (Menasse, 1999, 13) gewesen war.

Im selben Jahr putschte sich Jörg Haider in einer Kampfabstimmung an die Spitze der damals noch 5%-Partei FPÖ. Die SPÖ kündigte die Koalition mit der FPÖ auf und ging unter Franz Vranitzky wieder eine große Koalition mit der Volkspartei ein.

⁹ Zit.n. Eppel & Lotter (1982, 201).

Hatten die beiden Großparteien SPÖ und ÖVP mittels der Sozialpartnerschaft über Jahrzehnte hinweg einen eng verschlungenen Parteienstaat mit Proporzmechanismen etabliert, die nicht eingebundenen Gruppierungen nur wenig Mitwirkungschancen ermöglichten, so geriet dieses System seit Ende der 70er Jahre zunehmend unter Druck: Bürgerinitiativen, Frauen- und Umweltbewegung zeigten, „daß ihnen Ökologie-, Emanzipations- und Partizipationsfragen als Themen einer ‚Neuen Politik‘ mehr bedeuteten als jene Themen der ‚alten Politik‘, z.B. Wirtschaftswachstum, um das sich etwa die etablierten Parteien balgten (Gessenharter, 2000, 21). Die – nach wiederholten Äußerungen Haider¹⁰ „seit dem Jahre 1986 im Wesentlichen eine neue Bewegung“ darstellende - FPÖ kann in ideologischer Hinsicht als Gegenbewegung zu dieser ‚Neuen Politik‘ verstanden werden. Als solche profilierte sie sich jedoch nicht, indem sie sich gegen deren Kritik stellte, sondern indem sie genau diese Kritik aufgriff und in eine volksgemeinschaftliche Richtung transformierte, wofür die Waldheim-Affäre einen hervorragenden Nährboden bildete.

Für die „normalen Leute“, welche die ÖVP für Waldheim mobilisiert hatte und die Haider dann zunehmend für sich vereinnahmen konnte (die ganze Geschichte von 1986 bis 1999 ist eine Geschichte zunehmenden Abstiegs der ÖVP bei gleichzeitigem Aufstieg der FPÖ in der Wählergunst), bedeutete die Waldheim-Affäre eine nicht zu übersehende Demütigung. Schließlich war Waldheim über zwei Amtsperioden hinweg UN-Generalsekretär gewesen, einer unserer „großen Söhne“, welche die österreichische Bundeshymne besingt, Aushängeschild des demokratischen, neutralen und als Ferienziel in der ganzen Welt angesehenen schönen kleinen Landes, das sich nie irgendetwas zu schulden kommen lassen hat – und plötzlich wird Österreich in der Person Waldheims von seiner Vergangenheit eingeholt. Dazu kommt der Verlust an internationalem Ansehen. Die „Ungerechtigkeit“, die Österreich damit angetan wird, stärkt das Zusammengehörigkeitsgefühl: jetzt erst recht. Und schuld daran sind aus Sicht des „kleinen Mannes“ die Großparteien ÖVP und SPÖ: „die da oben, die uns das alles eingebrockt haben“ (die einen, weil sie nicht aufgepaßt haben, wen sie nominieren, die anderen, weil sie ihn ohne Rücksicht auf Österreichs Ansehen und aus rein parteiegoistischen Gründen denunziert haben¹¹), und „die derweil weiter miteinander packeln“. Der ausgebildete Historiker und überzeugte Sozialist Sinowatz wurde massenmedial für seinen Antifaschismus so geprügelt, daß er am Ende sogar leugnete, auch nur die Frage nach Waldheims Vergangenheit gestellt zu haben. „So wurde Sinowatz, statt einen Orden für seine historische Neugier zu bekommen, unter lautstarken ‚Gib ihm!‘-Rufen rechtskräftig verurteilt, während Vranitzky dafür gefeiert wurde, daß er durch seine bloß repräsentative Existenz auszubalancieren schien, was diese Wir-wählen-wen-wir-wollen-Wähler eben angerichtet hatten“ (Menasse, 1999, 30).

Mit einem Präsidenten, der international isoliert blieb, machte sich Österreich unter dem Bundeskanzler Franz Vranitzky auf den Weg in die EU. Nachdem eine von der Industriellenvereinigung in Auftrag gegebene Studie – entgegen der herrschenden Auffassung – einen EU-Beitritt Österreichs bereits 1983 für neutralitätspolitisch un-

¹⁰ Zit.n. Gessenharter (2000, 21).

¹¹ Mit derselben Dolchstoßlegende wird 14 Jahre später der Versuch unternommen, den Widerstand gegen die schwarz-blaue Regierung auszuhebeln.

bedenklich erklärt hatte, begann 1987 der Wettlauf der Großparteien um die Profilierung als „Europapartei“. Beide wollten zunächst eine weitestgehende Integration erreichen, ohne aber eine Vollmitgliedschaft anzustreben. In einem Bericht der Bundesregierung an den Nationalrat vom 17.4.1989 wurde eine EG-Mitgliedschaft unter den Voraussetzungen (a) der Wahrung der immerwährenden Neutralität, (b) der Prinzipien der Bundesstaatlichkeit, (c) des österreichischen Sozialsystems, (d) einer offensiven Umweltpolitik, (e) einer flächendeckenden bäuerlichen Land- und Forstwirtschaft sowie (f) der Lösung des Transitproblems vor dem Beitritt angeregt. Schließlich erteilte der Nationalrat am 19.6.1989 der Bundesregierung mit großer Mehrheit den Auftrag, Beitrittsverhandlungen mit der EU zu führen, die am 1. 2. 1993 begannen. Trotz des im Aufnahmegesuch Österreichs bzw. im Schreiben an den Ratspräsidenten noch enthaltenen „Neutralitätsvorbehaltes“ wurde die immerwährende Neutralität dabei gar nicht mehr verhandelt. Dies war keine Überraschung, da von Spitzenpolitikern mittlerweile sogar schon eine NATO- und/oder WEU-Mitgliedschaft Österreichs in die Diskussion geworfen worden war.

Im Vorfeld der Volksabstimmung über den EU-Beitritt konnten sich bei über die längste Zeit offen scheinendem Ausgang letztlich die Befürworter medial durchsetzen. Die Bundesregierung beauftragte eine Werbeagentur für ca. 130 Millionen Schilling. Noch wichtiger für das Abstimmungsergebnis dürfte jedoch nach Meinungsumfragen die - mit Ausnahme der Zeitung „Täglich Alles“ - durchgehend EU-befürwortende österreichische Medienlandschaft gewesen sein, die durch den spektakulären Schwenk der *Kronenzeitung* von einer drastischen Anti-Beitritts-Haltung in ihr Gegenteil eingeleitet wurde. Von ca. 4 725 000 gültigen Stimmen entschieden sich schließlich 66.6% für den EU-Beitritt (Falkner, 1995, 333ff).

Im Herbst 1989 veränderte die Ostöffnung das außenpolitische Umfeld. Ungarn und die Tschechoslowakei wurden demokratische Staaten und intensivierten ihre politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Österreich. Der Fall der Berliner Mauer beteiligte die österreichische Exportwirtschaft an der Befriedigung der Nachfrage der DDR-Bürger nach westlichen Konsumgütern, die von der alten Bundesrepublik nicht gänzlich gedeckt werden konnte. Volkseigene Betriebe der ehemaligen DDR wurden von österreichischen Firmen übernommen.

Nach bescheidenem Wachstum 1982-1987 erfolgte 1988/89 ein großer Konjunktursprung trotz der Auflagen für den Umweltschutz, welche Betriebe belasteten. Auch die Sanierung der verbliebenen verstaatlichten Industrie verlief aussichtsreich. Die stabile Währung orientierte sich an der DM. In den Jahren 1989 und 1993 traten Steuerreformen in Kraft, die Beschäftigtenzahlen stiegen, zusätzliche ausländische Arbeitskräfte wurden benötigt. 1992 gab es wirtschaftliche Rückschläge. Der Einfluß ausländischen Kapitals nahm zu. Nur dadurch konnten Arbeitsplätze in der Industrie geschaffen werden. Dennoch sank die Zahl der Industriearbeitsplätze von 1974 bis 1994 von 680.000 auf 480.000. Der Öffentliche Dienst dagegen benötigte 1994 bereits 700.000 Arbeitnehmer. Die Veränderung des Bevölkerungsaufbaus ist durch höhere Lebenserwartung und geringere Kinderzahl¹² und bis Mitte der 90er Jahre durch eine relativ hohe Zuwanderungsrate¹³ geprägt (Rüegg, 1999, 35).

¹² 1988 gab es 500.000 Kinder weniger als 1971.

¹³ 1981-1991: 216.000.

Mit dem Ende des Kalten Krieges änderte sich auch Österreichs geopolitische Situation. Einzelne Vertragspunkte, die auf Wunsch der Sowjetunion in den Österreichischen Staatsvertrag hineingeschrieben worden waren, wurden von der österreichischen Bundesregierung einseitig aufgekündigt. Die immerwährende Neutralität Österreichs blieb zwar formal weiter bestehen, wurde jedoch *de facto* bis zur Unkenntlichkeit aufgeweicht.

Ab 1991 geriet Jugoslawien in einen dramatischen Auflösungsprozeß. Der Krieg verlagerte sich von Slowenien nach Kroatien, dann nach Bosnien, von wo 1992 viele Flüchtlinge nach Österreich kamen. Die österreichische Diplomatie war an diesem Auflösungsprozeß nicht unbeteiligt. ÖVP-Politiker leisteten PR-Arbeit für die nach Unabhängigkeit strebenden jugoslawischen Teilrepubliken. Nachdem Österreich bereits im Golfkrieg, 1991, seine Neutralität verletzt und den Transport amerikanischer Bergepanzer quer durch eigenes Staatsgebiet toleriert hatte, verhielt man sich auch bei der Verletzung österreichischen Luftraumes im Jugoslawien-Krieg ruhig (Rüegg, 1998). Eine spezifische, vertrauensbildende Neutralitätspolitik ist in den 90er Jahren nicht mehr erkennbar. Alle Teile der österreichischen Außenpolitik werden zudem von neuen Partizipationsformen durchdrungen,¹⁴ deren relativierende Effekte bis in den Kern der Neutralität hineinreichen (Nonhoff, 1995, 42/181).

Die radikale Transformation Europas seit 1990 ließ auch Österreich in den Strudel neoliberaler Modernisierungspolitik geraten, die mit zunehmender Abgabe der Kontrolle an internationale Konzerne einherging: „Privatisierung, Ausgliederung, Auslagerung, Entstaatlichung, Distanzierung, Transformation in Stiftungen, die zwar immer noch von öffentlichen Geldern gespeist werden, aber – weil jetzt ‚privat‘ – nicht mehr öffentlich kontrolliert werden können“ (Menasse, 1999, 128). Auch darin ist eine der Quellen für den Aufstieg Haider zu sehen. „Haider kritisierte heftig, was auch von der Linken in Österreich immer wieder ebenso heftig kritisiert worden war. Aber Vranitzkys Irritation gegenüber Widerspruch und seine spontane Reaktion, die schließlich zu einer strategischen Theorie ausformuliert wurde, nämlich auf Haider nicht zu reagieren, ihn „auszugrenzen“, führte dazu, daß selbst kritische Geister in Österreich verteidigten, was Haider kritisiert hatte, nur weil Haider es war, der es kritisiert hatte (...). Es kam, wie es kommen mußte: Am Ende war alles tabu.“ (Menasse, 1999, 33). Auch unter dem vorerst letzten SPÖ-Bundeskanzler, Viktor Klima, hat sich daran nichts geändert. Angesichts von Privatisierungen und Globalisierung des Kapitals und angesichts immerhin so deutlich neo-liberaler Züge der Koalitionspolitik in Österreich, daß Helmut Kohl sich im deutschen Bundestagswahlkampf 1998 auf Viktor Klima als Vorbild berufen konnte, nahm die Verunsicherung der Bevölkerung zu. Und die wachsende Angst um Arbeitsplätze und soziale Absicherung verschaffte ausgerechnet Haider, der den Neoliberalismus mit schonungsloser Offenheit auf seine Fahnen geheftet hat, weiteren Zulauf.

Robert Menasse (1999, 33) hat darauf aufmerksam gemacht, daß das Problem nicht darin besteht, *daß* etwas kritisiert wird, „sondern welche Konsequenzen aus dieser Kritik gezogen werden, welche Perspektiven aufgrund dieser Kritik angeboten werden. In funktionierenden Demokratien unterscheiden sich die Parteien eben dadurch:

¹⁴ NATO-„Partnerschaft für den Frieden“, WEU-Beobachterstatus, Beteiligung an der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU).

durch die Unterschiede der Vorschläge gegenüber kritikwürdigen Umständen. Doch in Österreich gab es (...) plötzlich keine Alternativen mehr. Was Haider kritisierte, war durch (...) die Politik der Ausgrenzung jeglichen Widerspruchs sofort tabu“. Und als Viktor Klima im Nationalratswahlkampf 1999 die Parole ausgab, man dürfe Haider nicht weiterhin mit der „Faschismuskeule“ schlagen, sondern müsse sich mit ihm „auseinandersetzen“, war da nichts, das die SPÖ ihm programmatisch entgegensetzen konnte. So bestand denn der Wahlkampf 1999 bloß noch darin, den offen zur Schau getragenen Rassismus in der FPÖ-Wahlwerbung zu ignorieren („Verzicht auf die Faschismuskeule“) und nach der Finanzierbarkeit von Haiders Wahlprogramm zu fragen („Auseinandersetzung mit Haider“).

Der Regierungswechsel in Wien stellt zweifellos einen Einschnitt dar. Aber vor dem Hintergrund jener spezifischen Politikform in Österreich, in der die parlamentarische Demokratie seit Beginn der Zweiten Republik durch die Sozialpartnerschaft entwertet worden ist, bedeutet dieser Einschnitt auch eine gewisse Abkehr von einer undemokratischen Vergangenheit. Nach Einschätzung von Winter (2000, 327) kann die Regierung Schüssel wohl nur als eine Übergangsregierung betrachtet werden, doch: „daß 2003 eine Haider-Alleinregierung folgen wird, wie Pessimisten befürchten, ist überhaupt nicht ausgemacht (...). Natürlich sind viele geschockt von den jüngsten Vorgängen, dennoch kommt ein erstaunlicher Politisierungsprozeß in Gang. Die Aufmerksamkeit für politische Ereignisse ist seit dem Tauziehen um die Regierungsbildung, seit den Warnschüssen aus der EU deutlich gestiegen. Nur zum Teil macht sich Trotzreaktion und Festungsmentalität bemerkbar. Vielerorts sammeln sich Menschen in demokratischen Zusammenschlüssen zum Widerstand gegen diese Regierung, es beginnt sich wieder eine kritische Intelligenz zu formieren, was auch in der Publizistik bereits Niederschlag findet“.

3. Die Konstruktion nationaler Identität in der österreichischen Presse seit ´45

„Das Prinzip Österreich, wie es sich nach 1945 als raffiniertes kollektives Selbsttäuschungsmanöver konstituierte und in der Wirklichkeit tatsächlich über weite Strecken erfolgreich durchsetzte“ (Liessmann, 1999, 161), macht die Hypothese glaubwürdig, daß die Medienkonstruktion österreichischer Identität und das subjektive Identitätsgefühl der Österreicher weit stärker in eins zusammenfallen als in irgendeinem anderen europäischen Land.

„Auf die immer wieder gestellte Frage, was denn das spezifisch Österreichische sei“, schreibt Liessmann weiter, „habe ich selbst einmal launig geantwortet: diese Frage. Und man wird kaum fehlgehen, wenn man die Frage nach der österreichischen Identität zu einem der entscheidenden Motive für den intellektuellen Diskurs des letzten Jahrzehnts zählt“. Es ist dies ein Diskurs, der sich mit einer Vielzahl von Fragen auseinandersetzen hat, zu denen auch jene gehören, die im Zentrum der vorliegenden Untersuchung stehen: Geschichtsinterpretationen und Patriotismus, demokratische Kultur, Neutralität sowie Ausländerfeindlichkeit und Rassismus – und in all diesen Kontexten auch mit der Frage, was hinter der Schönheit dieses Landes denn alles versteckt wird, warum selbst die, die erbittert dagegen ankämpfen, was da versteckt

wird, sich – wie Elfriede Jelinek (1987) - allenfalls ironisch davon distanzieren können. Aber entziehen können sich dem Prinzip Österreich nichteinmal jene, die es nicht aushalten, dort zu leben.

Die im folgenden dargestellten Untersuchungsergebnisse sind Teil eines internationalen Forschungsprojektes (vgl. Luostarinen, 1998), welches die Medienkonstruktion nationaler Identitäten im Europa der Nachkriegszeit (1945-1996) untersucht. Mittels eines einheitlichen Untersuchungsdesigns (vgl. Anhang 1) wird die Mainstream-Presse in Österreich, Deutschland und der Schweiz sowie in Finnland und Estland inhaltsanalytisch ausgewertet. Die hier referierten Befunde beruhen auf der österreichischen (Rüegg, 1999), der deutschen (Mattenschlager, 1997) und der schweizerischen (Riedle, 1997) Teilstudie, auf einer vergleichenden Analyse österreichischer, deutscher und schweizerischer Printmedien (Nestele, 1998) sowie auf einer Sekundäranalyse des in diesen Studien erhobenen Datenmaterials und auf einer vergleichenden Analyse xenophober vs. multikultureller Aspekte der Identitätskonstruktion in der österreichischen, schweizerischen, deutschen, finnischen und estnischen Presse, deren statistische Details in Anhang 2 dokumentiert sind. Einen Überblick über die in der vorliegenden Arbeit angesprochenen Identitätsaspekte und die genaue Definition der inhaltsanalytischen Variablen, mittels derer diese operationalisiert wurden, findet sich in Anhang 3.

Dabei geht es in der vorliegenden Studie nicht so sehr darum, *was* österreichische Identität ist, als darum, *wie* diese Identität von der österreichischen Mainstream-Presse konstruiert wurde, und auch darum, wie die österreichische Presse damit jenem geistigen Klima Vorschub geleistet hat, welches den Aufstieg Haiders und schließlich die schwarz-blaue Regierungsbildung in Wien ermöglicht hat.

3.1 Geschichtsinterpretationen und Patriotismus

Robert Menasse (1999, 79) hat die Weigerung des Vorstandes der Creditanstalt, ihre Archive zu öffnen, um die historische Kollaboration dieser Bank mit den Nazi-Verbrechern aufarbeiten zu können, zum Anlaß für die Frage genommen, warum in Österreich selbst „Nachgeborene“, die kraft ihres Geburtsdatums unschuldig sind, Panik überfällt, wenn sie mit Geschichte konfrontiert werden, und warum sie sich eher mit den historischen Tätern als mit den zeitgenössischen Fragen an die Geschichte identifizieren. Und die Antwort, die Menasse darauf gibt, lautet: „Aus einem einfachen Grund: Sie haben es nicht anders gelernt“. Und weiter: „Das, was sie nicht anders gelernt haben, ist, was man in Österreich eben lernt“.

Menasse dürfte Recht haben. Zumindest, wenn man aus der österreichischen Presse zu lernen versucht. Wie aus der Untersuchung von Rüegg (1999) hervorgeht, blieben historische Aspekte in ca. $\frac{3}{4}$ der analysierten Texte weitestgehend unthematized (74%).

Die österreichische Presse stimmt in dieser tendenziellen Geschichtslosigkeit mit der bundesdeutschen Presse (78%) überein, unterscheidet sich jedoch deutlich von der Presse der ehemaligen DDR (58%), die durch ein deutlich größeres Geschichtsbeußtsein geprägt war (Mattenschlager, 1997). Indem historische Aspekte auch in

den schweizerischen Printmedien weit seltener unthematisiert blieben (65%) als in Österreich und der BRD (Riedle, 1997), kann diese mangelnde Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte zunächst als Charakteristikum der Presse in den kapitalistischen Nachfolgestaaten des Dritten Reiches verstanden werden (Chi-Quadrat = 31.8340, df=3, $p < 0.001$). In der österreichischen Presse nahm sie jedoch eine spezifische Form an, die sich für die Entwicklung politischer Kultur in Österreich als verhängnisvoll erweisen sollte.

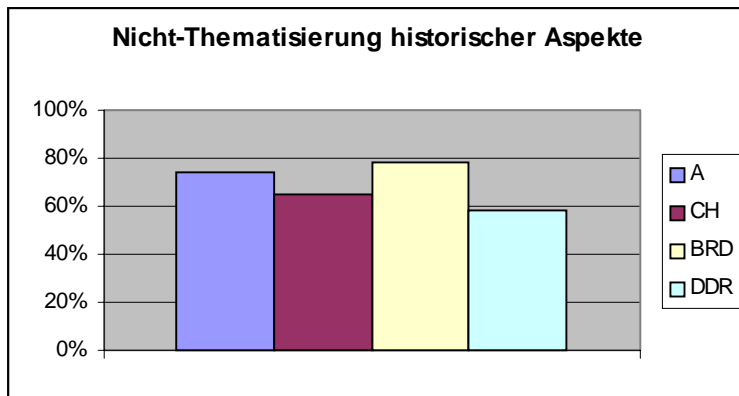


Abbildung 1: Nicht-Thematisierung historischer Aspekte in Österreich, Deutschland und der Schweiz von 1945-1995

Am stärksten ausgeprägt war die Nichtthematization historischer Aspekte in der unmittelbaren Nachkriegszeit (1946-55) und dann wieder nach Ende des Kalten Krieges (1990-1995), d.h. gerade in jenen Phasen der österreichischen Nachkriegsgeschichte, in denen eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte aufgrund der historischen Umbruchsituation größte Dringlichkeit besessen hätte.

- Wenn die österreichischen Printmedien historische Aspekte thematisierten, so setzten sie zumeist eine rosarote Brille (Stil 1, 18%) auf, charakterisiert durch eine klar positive Bewertung historischer Aspekte aus der Zeit vor dem Nationalsozialismus (Variable 3.2+: 94%), bei nur gelegentlicher Erwähnung negativer Aspekte (Variable 3.2-: 16%) und in einigen Fällen unterstützt durch die Betonung von positiver Zusammenarbeit mit anderen Staaten im Laufe der österreichischen Geschichte (Variable 3.8+: 8%). Die Zeit des Nationalsozialismus wurde dabei gänzlich ausgeblendet.
- Eine differenziertere Betrachtung historischer Aspekte, welche sich mit der nationalsozialistischen Zeit kritisch auseinandersetzte (Variable 3.4-: 89%), dabei aber nur gelegentlich die eigene schuldhafte Verstrickung in den Faschismus eingestand (Variable 3.3.1-: 17%) und ebenso oft den Mythos von der Opferrolle Österreichs bemühte (Variable 3.3.1+: 17%), fand sich deutlich seltener (Stil 2, 8%) und war auch in der Bewertung historischer Aspekte aus der Zeit vor dem Nationalsozialismus und/oder nach '45 deutlich ambivalent (Variable 3.2+: 59%; Variable 3.2-: 53%).¹⁵

¹⁵ Ebenso wie in Stil 1 wurde dabei gelegentlich auch auf Phasen positiver Zusammenarbeit mit anderen Staaten Bezug genommen (Variable 3.8+: 11%).

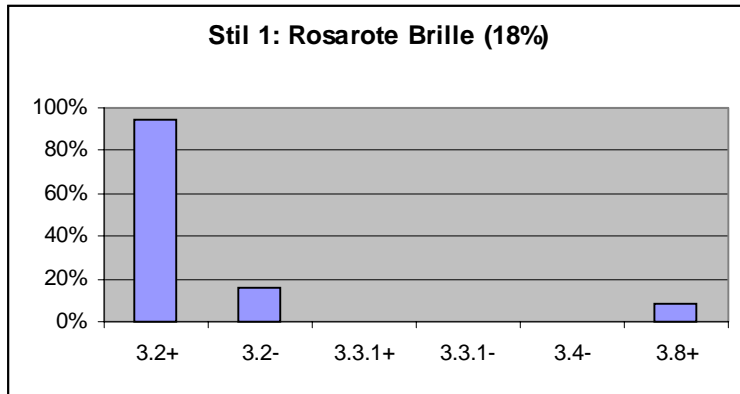


Abbildung 2: Die rosarote Brille

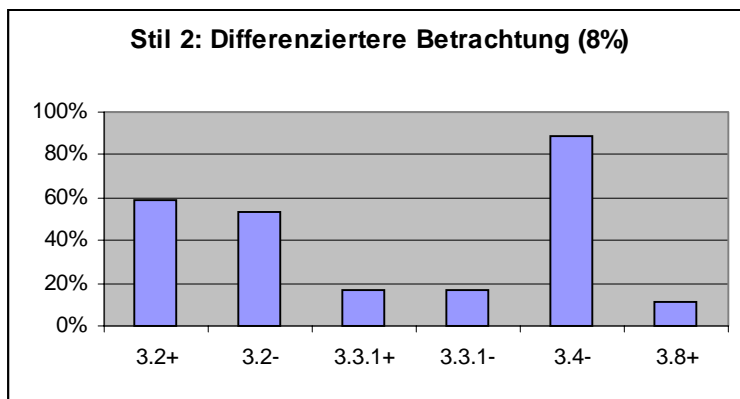


Abbildung 3: Differenziertere Auseinandersetzung mit nationalhistorischen Aspekten

Am deutlichsten war die rosarote Brille, mit welcher die österreichischen Printmedien die nationale Geschichte zeichneten (Stil 1), in der Zeit zwischen 1956 und 1989. Sie wurde während der Umbruchsituation nach Ende des Kalten Krieges wieder etwas zurückgenommen. Die Schönfärberei österreichischer Geschichte war aber auch in den Jahren 1990 bis 1995 noch deutlich stärker als in der unmittelbaren Nachkriegszeit (1946-1955) und wurde nicht etwa durch einen differenzierteren Umgang mit historischen Aspekten der nationalen Identität Österreichs abgelöst. Im Gegenteil lag dieser differenziertere Umgang mit der eigenen Geschichte in den Jahren 1990 bis 1995 sogar noch unter dem Niveau von 1946 bis 1955, wobei sich erkennen läßt, daß ein differenzierterer Umgang mit historischen Fragen von der österreichischen Presse immer dann besonders wenig gepflegt wurde, wenn die internationale Bedeutung Österreichs einen Aufschwung erlebte: sowohl während der Ära Kreisky (1970-1982) als auch nach 1990.

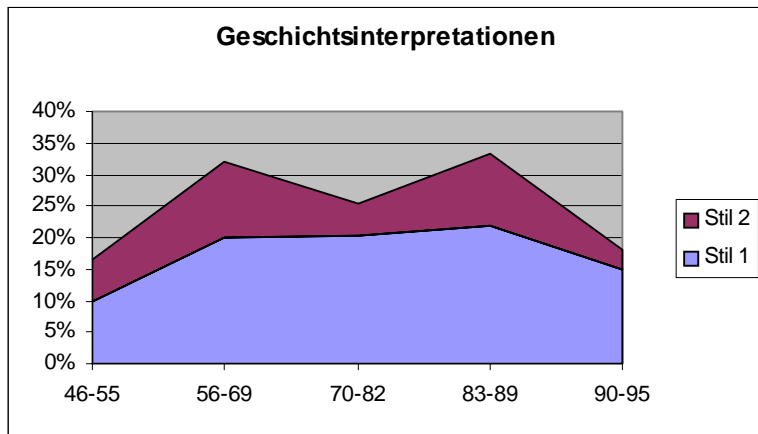


Abbildung 4: Geschichtsinterpretationen im Zeitverlauf

Statt sich mit seiner Geschichte auseinanderzusetzen, rettete man sich lieber in den Mythos von operettenhafter Harmlosigkeit. Das war schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit so. Paradigmatisch dafür ist der 1952 von Wolfgang Liebeneiner¹⁶ gedrehte österreichische Spielfilm „1. April 2000“, in dessen Phantasieszenario Österreich nach 55 Jahren unter alliierter Besatzung seine Eignung für die Weltgesellschaft beweisen soll, andernfalls droht die Umwandlung zum historischen Themenpark, in dem nur noch Förster und Museumsdiener verbleiben dürfen. Das im Auftrag der Bundesregierung von Rudolf Brunngraber und Ernst Marboe verfaßte Drehbuch findet in der Geschichte allerlei Vorzeigbares, womit Österreich das Anforderungsprofil erfüllt, zu den zivilisierten Mitgliedern der Weltgesellschaft gezählt zu werden: „In den Kreuzzügen war man Vorhut des Abendlandes, in Gestalt von Karl V. übte man die Selbstbeschränkung der Macht (solang nur die Sonne im Reich nicht unterging), in Gestalt von Kaiserin Maria Theresia erregte man den Gebärneid der restlichen Welt, und mit dem Dirndlkleid hatte Österreich auch noch die modische Antwort auf die allzu abstrakten Uniformen der Globalunion parat. Und zuletzt hilft immer noch die Musik: Hans Moser alias Herr Winzig komponiert einen Schlager, in dem Österreich seine geographische Lage zur anatomischen aufwertet und sich einfach zum Herz der Welt erklärt“ (Rebhandl, 2000, 13).

Die Alliierten wurden in aller Form zur Premierenfeier eingeladen. Drei Jahre später war Österreich dann tatsächlich unabhängig und – wie Rebhandl anmerkt: „Bis heute ist Österreich „ein wenig überrascht, wenn es ernst genommen wird“. „Geschichte – das war in diesem Land schon virtuell, als es den Begriff ‚virtuell‘ noch gar nicht gab, ein unwirkliches Spiel mit wirklichen Empfindungen“ (Menasse, 1999, 78).

Die Kehrseite der Inszenierung historischer Identität auf der Folie der Harmlosigkeit ist das damit entstehende Selbstbild der Bedeutungslosigkeit, des Operettenstaates, in dem alles - aber auch schon wirklich alles - zur Belanglosigkeit gerät, die sich in weinseligen Walzermelodien besingen läßt: „Der Kaiser, der Hitler und noch ein paar Leut“, wie der Surrealist Leherb bereits in den 70er Jahren diese österreichische Denkungsart persifliert hat,¹⁷ deren Markenzeichen der Wiener Opernball ist.

¹⁶ Der „Gentlemankollaborateur der Nazifilmindustrie“ (Rebhandl, 2000, 13)

¹⁷ „In den Straßen von Wien“, Leherb, 1974.

Für Patriotismus und Stolz auf das eigene politische System, aber auch für die kritische Auseinandersetzung damit bleibt auch deshalb in Österreich weit geringerer Spielraum als etwa in der aus österreichischer Sicht so gerne belächelten Schweiz. Während dieser Themenkomplex von den schweizerischen Printmedien in mehr als der Hälfte der analysierten Artikel angesprochen wird (Riedle, 1997), sind es in der österreichischen Presse weniger als ein Fünftel (Rüegg, 1999). Und während die Thematisierungen in der Schweiz einem breiten Spektrum von Stilen folgen, die von ungetrübtem (Stil A: 27%) und teilweise demonstrativem Patriotismus (Stil B: 3%) über Kritik mangelnder Identifikation der Schweizer mit ihrem Land (Stil C: 4%) bis zu teils direkter (Stil D: 11%), teils eher indirekter nationaler Selbstkritik (Stil E: 6%) reichen, sind es in Österreich nur zwei Stile, die im Vergleich zur Schweiz deutlich negativer konnotiert sind.

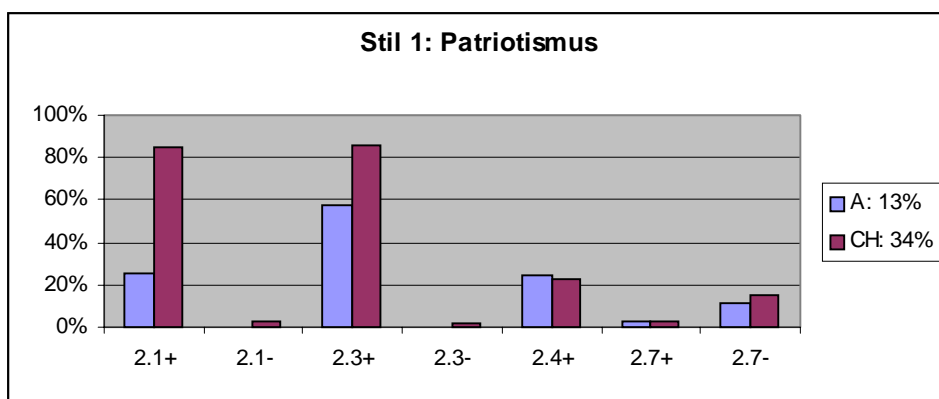


Abbildung 5: Patriotismus in österreichischen und schweizerischen Printmedien

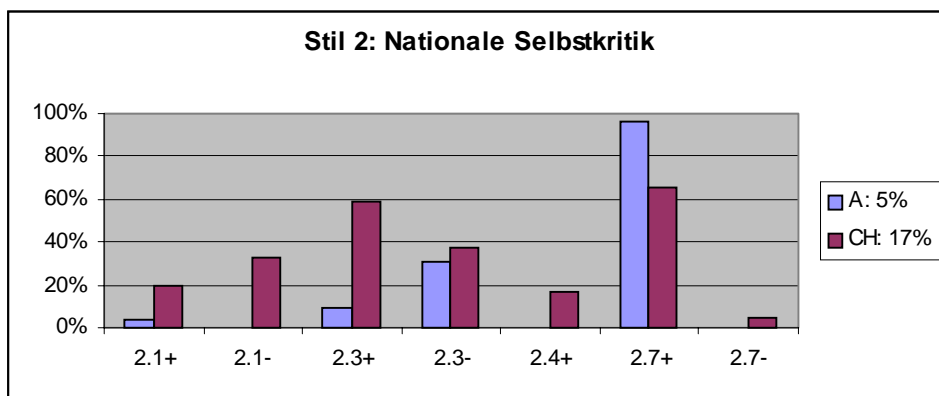


Abbildung 6: Nationale Selbstkritik in österreichischen und schweizerischen Printmedien

- Der erste dieser Stile (13%) ist verhalten patriotisch. Er zeichnet sich durch häufige Erwähnung der Errungenschaften des eigenen politischen Systems aus (Variable 2.3+: 58%), die oft mit dem Ausdruck von Nationalstolz (Variable 2.1+: 25%) oder nationalem Selbstlob (Variable 2.7+: 12%) einhergeht und teilweise mit Kritik an zu geringer Identifikation der Österreicher mit ihrem Land verbunden wird (Variable 2.4+: 24%).

- Der zweite Stil (5%) äußert in der Regel nationale Selbstkritik (Variable 2.7+: 96%) und stellt die Errungenschaften des politischen Systems häufig in Frage (Variable 2.3-: 37%). Eine positive Bewertung dieser Errungenschaften (Variable 2.3+: 8.9%) oder gar Stolz darauf, Österreicher zu sein (Variable 2.1+: 3.6%), treten kaum in Erscheinung.

Vergleicht man diese Stile mit den entsprechenden schweizerischen Stilen, so springt ein eklatanter Mangel an nationalem Selbstbewußtsein ins Auge:

- Sowohl Patriotismus (Stil 1: 13%) als auch Selbstkritik (Stil 2: 5%) sind in der österreichischen Presse weit seltener zu finden als in der schweizerischen, wo die patriotischen Stile (A-C) insgesamt für 34% (Chi-Quadrat = 58.4768, $df=1$, $p<0.001$) und die selbstkritischen Stile (D-E) für 17% (Chi-Quadrat = 31.4912, $df=1$, $p<0.001$) der analysierten Artikel charakteristisch sind.
- Der patriotische Stil ist in Österreich dramatisch weniger durch den Stolz geprägt, Österreicher zu sein (Variable 2.1+: Chi-Quadrat = 67.2554, $df=1$, $p<0.001$), und transportiert deutlich weniger an Zustimmung zu den Errungenschaften des eigenen politischen Systems (Variable 2.3+: Chi-Quadrat = 18.8315, $df=1$, $p<0.001$).
- Der selbstkritische Stil wiederum ist in Österreich deutlich stärker gegen das Selbstverständnis der Nation als solcher gerichtet (Variable 2.7+: Chi-Quadrat = 8.2785, $df=1$, $p<0.001$) und wird - anders als in der Schweiz - extrem selten durch positive Aspekte des eigenen politischen Systems (Variable 2.3+: Chi-Quadrat = 18.7616, $df=1$, $p<0.001$) konterkariert.
- Im Gegensatz zur Schweiz finden sich in diesen kritischen Kontexten aber auch keine Stimmen, die einen überzogenen Nationalstolz zurückweisen (Variable 2.1-: Chi-Quadrat = 10.3933, $df=1$, $p<0.005$) und/oder eine stärkere Identifikation der Bürger mit ihrem Land einfordern (Variable 2.4+: Chi-Quadrat = 4.4821, $df=1$, $p<0.05$). Die Kritik ist gegen die Nation und die Errungenschaften ihres politischen Systems gerichtet, und die Bürger kommen darin nicht vor.

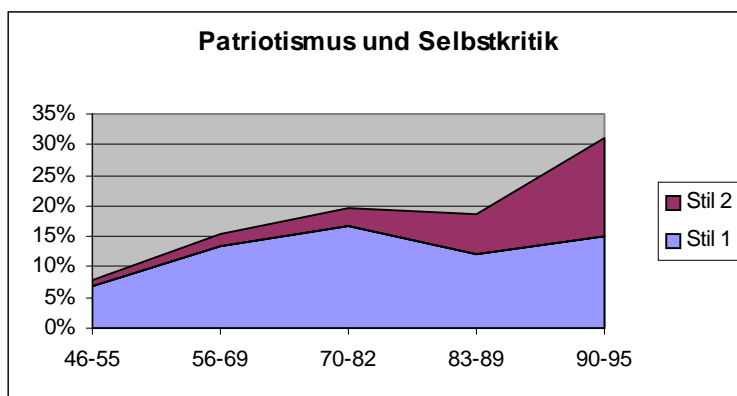


Abbildung 7: Patriotismus und nationale Selbstkritik im Zeitverlauf

Während die schweizerische Presse derart einen selbstbewußten Umgang mit der schweizerischen Identität pflegt, der sowohl Raum für Patriotismus als auch Raum für konstruktive Kritik läßt, werden patriotische Momente, die den Anschein von Na-

tionalismus erwecken könnten, in den österreichischen Printmedien weitgehend verdrängt. Und die Wiederkehr des Verdrängten äußert sich schließlich darin, daß (mögliche) Kritik in pauschale Ablehnung umschlägt, die seit Kriegsende kontinuierlich wächst und in den Jahren nach Ende des Kalten Krieges schließlich zur dominierenden Form der Bezugnahme auf die eigene Nation wird.

Es ist diese wachsende Ablehnung, die Haider schließlich für seine Zwecke zu kanalisieren vermochte. Daß in Österreich jenes Meinungsklima entstanden ist, welches es Haider ermöglichte, sich einer Systemkritik zu bedienen, welche die österreichische Linke in den 60er und 70er Jahren an der Sozialpartnerschaft geübt hatte, um sie im Mix mit Fremdenhaß und dem Appell an dumpfe Volksgemeinschaftsinstinkte in ein populistisches Erfolgsrezept umzumünzen, lag jedoch nicht nur an der Unfähigkeit von SPÖ und ÖVP zu entsprechenden Reformen und auch nicht nur daran, daß die große Koalition aus SPÖ und ÖVP ihre politischen Erfolge miserabel verkauft hat (Winter, 2000, 323). Das Entstehen dieses Meinungsklimas ist vor allem auch dem Fehlen eines demokratischen Diskurses in den österreichischen Medien geschuldet, die über Jahrzehnte hinweg nicht nur eine kritische Auseinandersetzung mit der österreichischen Geschichte vermieden haben, sondern – wie noch zu zeigen sein wird – auch aktuelle politische Streitfragen durch Wegschauen entschärft und im Wettbewerb um Auflagenzahlen stattdessen eine dumpfe Unzufriedenheit in der Bevölkerung bedient haben, die einen zentralen Aspekt österreichischer Identität darzustellen scheint.

3.2 Demokratische Kultur

Diese sprichwörtliche österreichische Unzufriedenheit (Raunzerei) stellt vermutlich eine bis in die Gegenwart andauernde Folge des Traumas dar, welches die nationale Identität der Österreicher mit dem Zerfall der k&k-Monarchie (1918) und dem damit verbundenen Verlust des Großmachtstatus erlitten hat. Wahrscheinlich liegen die historischen Wurzeln aber auch bereits früher, beim Ausschluß Österreichs von der deutschen Reichsgründung (1871), welcher der deutsch-nationalen Identität des österreichischen Kaisertums einen Schlag ins Gesicht versetzte, der von österreichischer Seite mit einem hundertfünfzigprozentigen Bekenntnis zum Deutschtum beantwortet wurde, das eine Entwicklung des Vielvölkerstaates Österreich hin zu einer multikulturellen Gesellschaft verhinderte und dem österreichischen Kernland der Monarchie de facto den Status einer Kolonialmacht verlieh. Diese deutsch-nationale Selbstdefinition des österreichischen Kaiserhauses und seiner Anhänger beförderte nicht nur die zentrifugalen Kräfte, welche die Monarchie schließlich zerfallen ließen, sondern war auch maßgeblich für die deutsch-österreichische Achsenbildung im 1. Weltkrieg, die Kaiser Franz Josef I. mit den Worten begründet hat: „Ich bin ein deutscher Kaiser“.

Die Erste österreichische Republik (1918-1938) war von einem geistigen Klima geprägt, welches diese deutsch-nationale Selbstdefinition Österreichs mit der Negation

der Lebensfähigkeit des österreichischen Kleinstaats verband und schließlich im Anschluß an das Dritte Reich mündete.¹⁸ In „Mein Kampf“ bezeichnete Adolf Hitler (zit.n. Kittner, 1999, 8) die österreichische Nation als eine „Mißgeburt“ und traf damit das Identitätsgefühl vieler Österreicher sehr genau, die ihm schließlich bei seinem Einmarsch in Österreich zu Hunderttausenden begeistert zujubelten.

Der überproportionale Anteil, welchen Österreicher an den Verbrechen des Nationalsozialismus hatten,¹⁹ kann vor diesem Hintergrund u.a. als Resultat des Bestrebens verstanden werden, österreichisches Deutschtum praktisch unter Beweis zu stellen. Auch wenn diese Erklärung nicht erschöpfend ist und andere Faktoren, wie z.B. der in Österreich besonders ausgeprägte Rassismus und Antisemitismus, ebenfalls in Rechnung gestellt werden müssen, bleibt zumindest die Frage, inwieweit diese Faktoren nicht ihrerseits der bis weit vor den 1. Weltkrieg zurückreichenden Identitätsproblematik Österreichs geschuldet sind.

Im Zuge der demokratischen Umerziehung in den ersten Jahrzehnten der Zweiten Republik wurde zwar der Versuch unternommen, so etwas wie eine österreichische Nation in den Herzen und Köpfen der Menschen zu etablieren. Indem man es vermied, das – vor allem in der älteren Generation - immer noch virulente Deutschgefühl der Österreicher direkt anzugehen, erwiesen sich diese Versuche jedoch z.T. als eher halbherzig: So wurde zwar 1955 der 26. Oktober zum Nationalfeiertag erklärt, doch vermied man die Bezeichnung „Nationalfeiertag“, der stattdessen „Tag der Fahne“ genannt wurde und bis in die 80er Jahre hinein auch nicht arbeits- und schulfreier war, also eben doch kein richtiger Feiertag, der der österreichischen Nation gewidmet ist.

Daß die ablehnende Haltung gegenüber der österreichischen Nation in Teilen der Bevölkerung bis heute überleben konnte, wird dann plötzlich mit Jörg Haider (zit. n. Kittner, 1999, 9) wieder sichtbar, der die österreichische Nation in Abwandlung des o.g. Hitlerzitates als „ideologische Mißgeburt“ bezeichnet. Und auch Haider trifft damit wieder das Selbstgefühl vieler Österreicher, die sich zwar vom Gedanken eines neuerlichen Anschlusses an Deutschland (verfassungsbedingt) verabschiedet haben, es aber dennoch nicht gerade als eine Erfolgsstory oder einen „Lottogewinn“ betrachten, Österreicher zu sein.

- Entgegen der Realität (Österreich zählt heute zu den zehn reichsten Ländern der Welt) ist eine pessimistische Lagebeurteilung und Zukunftsperspektive in Österreich weit verbreitet und wird von den Mainstream-Medien zumindest insofern gefördert, als optimistische Interpretationen (Variable 11.2+) hier deutlich seltener zu finden sind (25%) als etwa in der Schweiz (37%) (Chi-Quadrat = 13.2669, df=1, p<0.001).

¹⁸ Der Anschluß Österreichs an Deutschland stellte gleichsam die Gründungsidee der unter dem Namen „Deutschösterreich“ errichteten Ersten Republik dar. Bereits in der Proklamation der Republik am 12. November 1918 beschloß die Nationalversammlung einstimmig den Anschluß an das Deutsche Reich. Da in Deutschland die Meinungen dazu geteilt waren und die Entente, die nach der Zerschlagung Österreich-Ungarns auch Deutschland entscheidend schwächen wollte, eine Erweiterung des deutschen Staatsgebietes um Österreich entschieden ablehnte, scheiterten die Anschlußbestrebungen jedoch (vgl. Klusacek & Stimmer, 1984, 44f).

¹⁹ Tatsächlich stellte die „Ostmark“ zwar nur 6.5% der Bevölkerung des Dritten Reiches, aber rund 75% der KZ-Kommandanten. Der Anteil der NSDAP-Mitglieder betrug 1/3 der erwachsenen Bevölkerung. Im „Reich“ waren es rund 20% (vgl. Behr, 1999).

- Als Ausgleich für diesen mangelnden Optimismus beschwört die österreichische Presse den guten Ruf, welchen Österreich im Ausland genießt (ökonomische Stärke, demokratische Gesellschaft etc.). Diese Selbstversicherung, wie angesehen „wir“ doch im Ausland sind (Variable 12.5+), tritt in der österreichischen Presse mehr als doppelt so oft (18%) in Erscheinung als in der schweizerischen Presse (8%). (Chi-Quadrat = 19.9535, df=1, p<0.001). Sie erreicht damit ein Ausmaß, das dem ideologisch gesteuerten Realitätsverlust der staatlich gelenkten Presse in der ehemaligen DDR (22%) vergleichbar ist.

Daß darin eher eine Beschwichtigungstaktik zum Ausdruck kommt denn ein aktives Bekenntnis zu westlichen Werten, wird an zwei weiteren Aspekten deutlich, in denen sich die österreichischen Medien von den schweizerischen abheben:

- Weit weniger (19%) als in der Schweiz (43%) werden die nationalen Probleme Österreichs und die Herausforderungen der Zukunft von der österreichischen Presse in Verbindung mit dem Funktionieren demokratischer Einrichtungen (Meinungs-, Presse-, Versammlungsfreiheit etc.) und/oder mit der Überwindung von Faschismus gesehen (Variable 11.3+) Chi-Quadrat = 56.0675, df=1, p<0.001), und
- eine aktive, kreative, unabhängige Rolle in der internationalen Politik und Wirtschaft – trotz der Kleinheit des Landes -, aus der sich auch humanitäre Verpflichtungen gegenüber der internationalen Gemeinschaft (Entwicklungshilfe, internationale Solidarität und humanitäre Hilfe, Friedenserhaltung etc.) ergeben (Variable 12.9+), wird Österreich von seiner Presse nur äußerst selten (5%) zugestanden (Schweiz: 13%) (Chi-Quadrat = 17.2000, df=1, p<0.001).

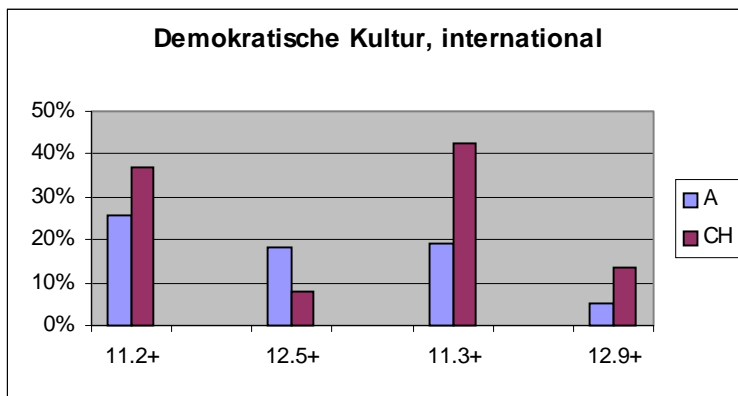


Abbildung 8: Demokratische Kultur und internationale Eigenverantwortung in österreichischen und schweizerischen Printmedien

Die Beschwörung von Österreichs gutem Ruf bleibt so das einzige, was dem Pessimismus der „österreichischen Seele“ entgegengesetzt wird, und dieser Ruf wird eher als ein Besitzstand begriffen denn als eine Herausforderung, die es durch die Verwirklichung demokratischer und humanitärer Werte einzulösen gilt. Mit diesem Mißverhältnis zwischen Betonung von Österreichs gutem Ruf im Ausland und fehlender Perspektive auf die Notwendigkeit, diese Werte im Bedarfsfall auch politisch einlösen zu müssen, fördert der Mediendiskurs bereits lange vor Haider jene Art österrei-

chischer Identitätskonstruktion, die schließlich in einem grundlegenden Wesenszug des Feschismus kulminiert: „Wir sind fesch, und das reicht“ – oder, mit den Worten des Liedermachers Rainhard Fendrich, „Mir san a Wahnsinn, mir san in“.²⁰

Diese verniedlichende Selbstgerechtigkeit kommt in der österreichischen Mainstream-Presse auch dann noch zum Tragen, als der gute Ruf Österreichs infolge der Regierungsbeteiligung von Haiders FPÖ verloren zu gehen droht. So antwortet z.B. die *Kronenzeitung* am 29.2.2000 auf die EU-Isolationspolitik gegenüber Österreich mit einem „Gedicht“,²¹ das genau diese Grundhaltung zum Ausdruck bringt: weder demokratische Werte, die es im Inneren einzulösen gilt, noch Verpflichtungen nach außen. Stattdessen der – historisch in keiner Weise zu belegende – Mythos, Österreich habe „von alters her“ für die Einheit (Europas) viel gelitten und erduldet, und im Schlußsatz der Appell an die Länder der EU, (gleichsam als Lohn dafür) zu glauben: „Wir sind gut“.²²

Die *Kronenzeitung*, der von linken Kritikern und alternativen Medien wie der wöchentlich erscheinenden wiener Stadtzeitung *Falter* schon lange der Vorwurf gemacht worden war, Wegbereiter Haiders zu sein, stellt dabei nur die Spitze eines Eisberges dar. Auch der Gastkommentar der – immerhin einmal als Qualitätszeitung angetretenen – konservativen Tageszeitung *Die Presse* vom 1.3.2000 läßt jegliche inhaltliche Auseinandersetzung mit der berechtigten Kritik der EU-Partnerländer an der Regierungsbeteiligung der FPÖ vermissen. Österreich selbst hat damit offensichtlich nichts zu tun: „Man prügelt auf Österreich ein und meint Deutschland“, wobei der französische Präsident „aus fast ausschließlich persönlich-innenpolitischen Gründen eine Führungsrolle (...) eingenommen hat“ (Scholik, 2000, 2).

Das Fehlen eines demokratischen Diskurses in der österreichischen Mainstream-Presse ist eklatant, und die Liste der aktuellen Beispiele ließe sich nahezu beliebig fortsetzen. Dabei ist dieses Diskursdefizit jedoch nicht erst Ergebnis einer hilflosen Reaktion auf die mit der schwarz-blauen Regierungsbildung eingetretene Krisensituation. Das weitgehende Fehlen eines demokratischen Diskurses in der österreichischen Mainstream-Presse stellt vielmehr eine der Bedingungen dar, welche den Aufstieg Haiders erst ermöglicht haben. Es hat die Presselandschaft der Zweiten Republik spätestens seit dem Marktauftritt der *Kronenzeitung* geprägt (an der sich die bereits etablierten Tageszeitungen im Kampf um Marktanteile zunehmend orientierten) und wird auch an anderer Stelle deutlich: Strittige Themen, welche die Beziehung zwischen Staat und Bürger betreffen und etwa in der schweizerischen Presse kontrovers diskutiert werden, werden in der österreichischen Presse weitgehend totgeschwiegen oder allenfalls gelegentlich in der jeweils dominanten Form thematisiert:

²⁰ „Schickeria“. Rainhard Fendrich, 1981.

²¹ „In den Wind gereimt“. *Neue Kronenzeitung*, 29.2.2000.

²² Augenfällig ist dabei die Anspielung auf den o.g. Propagandafilm „1. April 2000“. Die Selbstinszenierung als harmlosestes Land mag damals scherzhaft formuliert gewesen sein. Aber sie war ernst gemeint, und sie ist es bis heute.

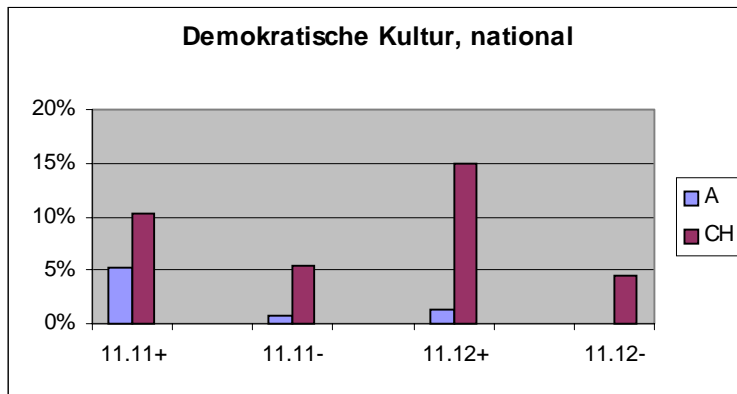


Abbildung 9: Demokratische Kultur und nationale Eigenverantwortung in österreichischen und schweizerischen Printmedien

- Am ehesten (5%), aber nur halb so oft wie in der Schweiz (10%) (Chi-Quadrat = 7.8268, $df=1$, $p<0.01$) wird dabei noch die Verpflichtung der staatlichen Autoritäten angesprochen, demokratische und soziale Rechte der Bürger sicherzustellen (Variable 11.11+).
- Die gegenteilige Auffassung (Variable 11.11-), die in der schweizerischen Presse ebenfalls deutlich zu erkennen ist (6%), fehlt in der österreichischen Presse fast gänzlich (1%) (Chi-Quadrat = 16.4169, $df=1$, $p<0.001$).
- Die Schwäche der Zivilgesellschaft und die Kritik an der Passivität der Bürger (Variable 11.12+), die in der Schweiz ein permanentes Thema darstellen (15%), bleiben in der österreichischen Presse weitestgehend unthematziert (1%) (Chi-Quadrat = 57.6886, $df=1$, $p<0.001$).
- Die Gegenposition hierzu (Variable 11.12-) (Schweiz = 5%) konnte in der österreichischen Presse überhaupt nicht gefunden werden (Chi-Quadrat = 21.8989, $df=1$, $p<0.001$).

Diese Vermeidung eines demokratischen Diskurses durch Harmonisierung und Thematisierungsabwehr produzierte in Kombination mit wachsender Unzufriedenheit (s.o.) den Nährboden, auf welchem sich der feschistische Populismus entwickeln konnte. Beachtlich ist in diesem Zusammenhang, daß sowohl Optimismus als auch Pessimismus hinsichtlich der Beurteilung sowohl der Vergangenheit wie der Gegenwart und der Zukunft über den gesamten Analysezeitraum von 1946-1995 hinweg konstante Größen darstellten, d.h. von den Ruinen der Nachkriegszeit bis zum Aufstieg Österreichs zu einem der reichsten Länder der Welt unverändert blieben. Eine Veränderung fand lediglich hinsichtlich der Kontextualisierung optimistischer und pessimistischer Einstellungen statt.

- Wie aus der Arbeit von Nestele (1998) hervorgeht, war der Mediendiskurs über grundlegende nationale Orientierungen und die Beziehung zwischen Staat und Bürger zwischen 1946 und 1995 in Österreich durch zwei Stile geprägt, deren erster die Herausforderungen der Zukunft vor allem in Zusammenhang mit der ökonomischen Entwicklung Österreichs (78%) sah und in Verbindung mit dem Funktionieren demokratischer Einrichtungen brachte (45%). Dieser Stil, in dem sich ein

überwiegend gegenwartsbezogener Pessimismus und deutlich zukunftsbezogener Optimismus (jeweils über 30%) die Waage halten, prägte in der unmittelbaren Nachkriegszeit (1946-55) etwa 9% des Diskurses und fiel danach in Bedeutungslosigkeit (ca. 4%) zurück.

- Der zweite Stil, in dem sich (zu jeweils über 60%) ein überwiegend auf die Vergangenheit bezogener Pessimismus mit einem vor allem auf die Gegenwart bezogenen Optimismus verband, sah die Herausforderungen der Zukunft ebenfalls häufig in Verbindung mit dem Funktionieren demokratischer Einrichtungen (40%), stellte sie jedoch kaum in Zusammenhang mit der ökonomischen Entwicklung Österreichs (8%) und betonte stattdessen die Pflicht der Bürger, ihr Land zu verteidigen, hart zu arbeiten und/oder den Autoritäten loyal zu folgen (30%), um die Zukunft selbst in die Hand zu nehmen. Dieser Stil, der seinen Höhepunkt während der Aufbruchphase nach dem österreichischen Staatsvertrag, 1956-1965, hatte (42%), ging in den Folgejahren bis auf nur noch 19% (1986-1995) zurück.

Die gesamte übrige Berichterstattung thematisiert bei fast ausschließlich auf die Gegenwart bezogenen pessimistischen (7%) und überwiegend auf Vergangenheit und Zukunft gerichteten optimistischen Untertönen (9%) lediglich außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen in nennenswertem Maße (17%). In dieser Nicht-Thematisierung der Beziehung zwischen Staat und Bürger, die während der ÖVP- und SPÖ-Alleinregierungen (1966-1975) die Schwelle von 2/3 der Berichterstattung (71%) übersteigt und schließlich (1986-1995) für mehr als 3/4 der Berichterstattung (77%) charakteristisch wird, kommt der Verfall demokratischer Ansätze, die es während des Neubeginns nach Kriegsende (1946-1955) und in der Aufbruchphase nach dem österreichischen Staatsvertrag (1956-1965) durchaus gegeben hat, deutlich zum Ausdruck.

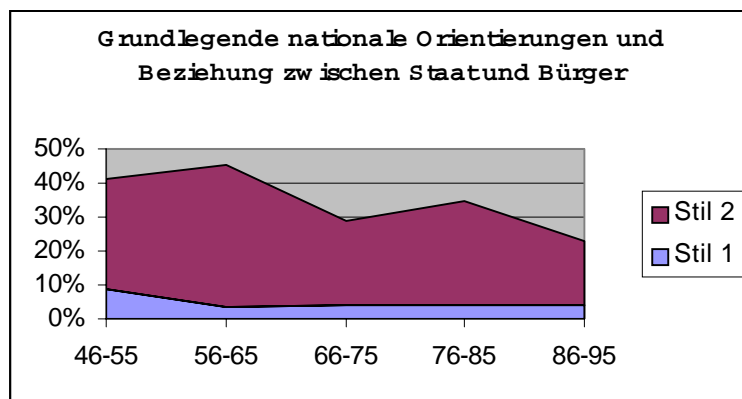


Abbildung 10: Grundlegende nationale Orientierungen und Beziehung zwischen Staat und Bürger im Zeitverlauf

3.3 Neutralität

Vielleicht noch deutlicher wird das Defizit eines demokratischen Diskurses in der österreichischen Mainstream-Presse anhand ihres Umganges mit dem Thema „Neutralität“, wofür sich ebenfalls wieder ein Vergleich mit der schweizerischen Presse anbietet.

Die österreichische und schweizerische Presse unterscheiden sich insgesamt

- weder hinsichtlich der Thematisierung von außenpolitischem (und humanitärem) Engagement (z.B. Vermittlung/Engagement innerhalb der Vereinten Nationen) (Variable 10.1+; Chi-Quadrat = 0.1202, df=1, n.s.)
- noch hinsichtlich der Befürwortung von Unabhängigkeit, Neutralität und Sicherheit sowie der Vermeidung von „unnötigem internationalen Engagement“ (Variable 10.2+; Chi-Quadrat = 0.5609, df=1, n.s.).

In der schweizerischen Presse wird

- dieses Verständnis von Neutralität jedoch deutlich häufiger in Frage gestellt (Variable 10.2-; Chi-Quadrat = 8.3931, df=1, $p < 0.005$)
- und auch häufiger ein verstärktes internationales Engagement befürwortet (Variable 10.3+; Chi-Quadrat = 8.3170, df=1, $p < 0.005$).

Auf den ersten Blick scheint es somit, daß die österreichische Presse gegenüber der Neutralität positiver eingestellt ist als die schweizerische Presse.

Dieser Eindruck trägt jedoch und ist vielmehr dem bereits diagnostizierten Defizit an demokratischer Diskurskultur in der in der österreichischen Presse geschuldet: Politische Umbrüche werden hier nicht von kontroversen Auseinandersetzungen begleitet, sondern die Konflikte werden so lange ignoriert, bis man sich am Ende klammheimlich von dem bisherigen gesellschaftlichen Konsens verabschiedet.

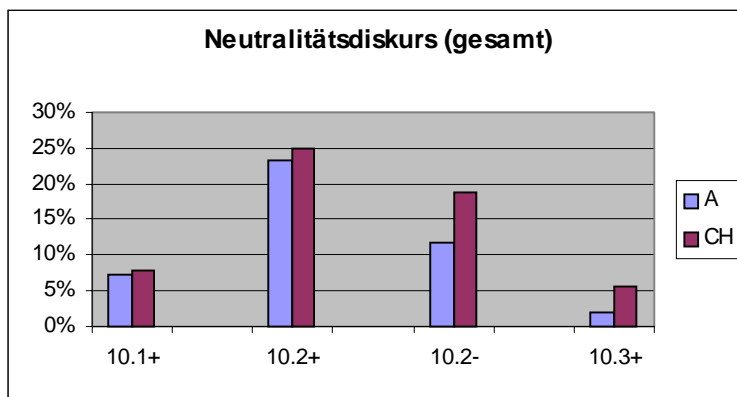


Abbildung 11: Thematisierung neutralitätsrelevanter Fragen in österreichischen und schweizerischen Printmedien

Hatte die immerwährende Neutralität Österreichs in den Jahren 1955-1961 einen identitätsstiftenden Wert der Zweiten Republik dargestellt, zu dem sich die Mainstream-Presse in 13.5% aller analysierten Artikel explizit bekannte und den sie in keinem Fall in Frage stellte, so findet sich Zustimmung zur Neutralität in den Jahren 1988-1995 nur noch in 2.6% der Artikel. Stattdessen findet sich nun eine Reihe von

negativen Thematisierungen der Neutralität, die es 1955-1961 überhaupt nicht gegeben hatte, und die von In-Frage-Stellung der Neutralität als Wert (2.6%) über die Thematisierung der Neutralität als Hindernis für den Eintritt Österreichs in europäische Bündnisstrukturen (3.5%) bis hin zur Thematisierung der Neutralität als Hindernis für Österreichs Beitritt zu militärischen Sicherheitsbündnissen (3.5%) reichen (Rüegg, 1999).

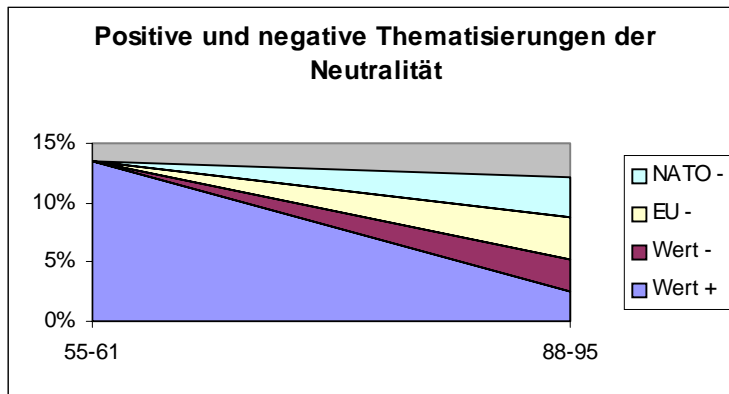


Abbildung 12: Positive und negative Thematisierungen der österreichischen Neutralität im Zeitverlauf

In krassem Gegensatz zu dieser Werteumkehr, welche sich zwischen 1955-1961 und 1988-1995 ereignet hat, fand – im Gegensatz zur Schweiz – in der österreichischen Presse jedoch zwischenzeitlich kaum ein Diskurs über neutralitätsrelevante Fragen statt.

- In beiden Ländern ist die in Abb. 10 dargestellte Gesamtverteilung eine Mischverteilung aus zwei latenten Stilen, von denen einer sich mit der Neutralität auseinanderzusetzen scheint (Stil 1), während der andere den generellen Unterton der Berichterstattung bildet (Nestele, 1998) und Neutralitätsfragen nur am Rande thematisiert (Stil 2).
- In der schweizerischen Presse fand dabei eine (tatsächliche oder vermeintliche) Auseinandersetzung mit der Neutralität (Stil 1) signifikant häufiger statt (27.4%) als in der österreichischen Presse (19.3%).
- In der Schweiz wurde diese Auseinandersetzung auch deutlich kontroverser geführt (Befürwortung: In-Frage-Stellung der Neutralität = 1:0.83) als in Österreich, wo die Befürwortung der Neutralität (Variable 10.2+) deren In-Frage-Stellung (Variable 10.2-) im Verhältnis 1:0.42 überwiegt.
- In den schweizerischen Medien - insbesondere in der *Neuen Züricher Zeitung*, wo dieser Stil 38% der Berichterstattung ausmacht, und naturgemäß am wenigsten in der Boulevardzeitung *Blick*, wo er nur für 15% der Berichte charakteristisch ist (Chi-Quadrat = 15.08, df = 3, $p < 0.01$) – fand diese kritische Auseinandersetzung mit der Neutralität erstmals bereits in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten statt, während derer sie für knapp über 30% der Berichte charakteristisch war, und nachdem sie vorübergehend auf etwa dasselbe Niveau wie in Österreich (unter 20%) abgefallen war, wurde sie im Zeitraum 1986–1995 mit der Diskussion über einen möglichen EU-Beitritt der Schweiz für über 40% der Berichte charakteristisch (Chi-Quadrat = 16.3, df = 4, $p < 0.01$).

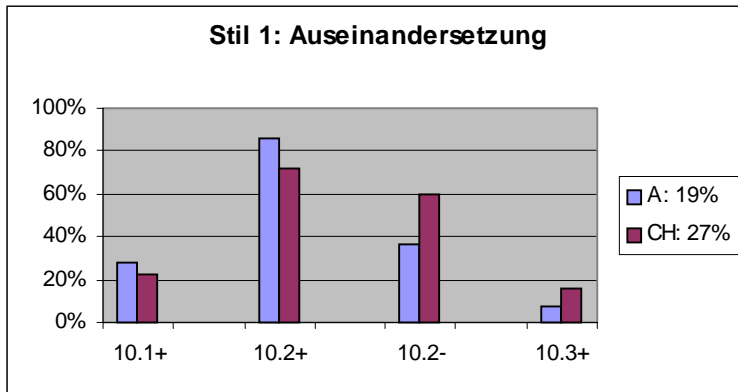


Abbildung 13: Auseinandersetzung mit der Neutralität in österreichischen und schweizerischen Printmedien

- Die explizite Thematisierung neutralitätsrelevanter Fragen in der österreichischen Presse war dagegen seltener und weniger kontrovers und errichtete eine neutralitätfreundliche Fassade, die während des gesamten Analysezeitraums von 1946 bis 1995 mit unverändert geringer Häufigkeit (Chi-Quadrat = 2.67, df = 4, n.s.) und von allen analysierten Tageszeitungen (von *Die Presse* bis zur *Kronenzeitung* gleichermaßen; Chi-Quadrat = 2.7, df = 3, n.s.) hervorgekehrt wurde. Gerade in Österreich, wo man sich - anders als in der Schweiz - inzwischen de facto von der Neutralität verabschiedet hat (vor den Nationalratswahlen 1999 waren *Die Grünen* die einzige politische Partei, die Neutralität noch in ihrem politischen Programm führten), ist von einer neutralitätskritischen Auseinandersetzung in Reaktion auf neutralitätspolitisch relevante historische Entwicklungen damit nichts zu bemerken.
- Stattdessen war der Diskurs der Mainstream-Presse während des gesamten Analysezeitraums weit stärker als in der Schweiz von einer relativen Nicht-Beachtung neutralitätspolitischer Fragen (Stil 2) geprägt, deren genereller Unterton zudem deutlich undifferenzierter und gegenüber der Neutralität deutlich negativer war: Während neutralitätskritische Aspekte in der Schweiz seltener eine direkte In-Frage-Stellung der Neutralität bedeuteten als in Österreich (Variable 10.2-) und sich teilweise auch in der Forderung nach einem stärkeren internationalen Engagement der Schweiz artikulierten (Variable 10.3+), spielte letzterer Aspekt in der österreichischen Presse keinerlei Rolle.

Nicht politischer Diskurs, sondern ein von den Medien permanent gefördertes, unterschwelliges Unbehagen gegenüber der Neutralität war es, welches der neutralitätspolitischen Umkehr in Österreich den Weg ebnete.

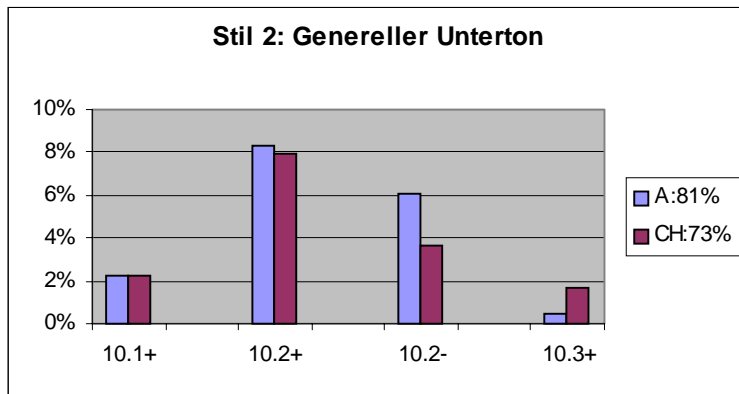


Abbildung 14: Genereller Unterton bezüglich neutralitätspolitischer Fragen in österreichischen und schweizerischen Printmedien

3.4 Ausländerfeindlichkeit und Rassismus

Schon die bisherigen Ergebnisse sprechen dafür, daß die Konstruktion nationaler Identität in österreichischen Printmedien, 1946-1995, eine *symbiotische Entfremdung* der Bevölkerung von ihrer Nation zum Ausdruck bringt. Diese wird in der Vermeidung einer ernsthaften Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte ebenso erkennbar wie im Fehlen eines demokratischen Diskurses um aktuelle politische Streitfragen, in der Harmonisierung von Konflikten durch Wegschauen und in verniedlichender Selbstgerechtigkeit, die mit wachsender Unzufriedenheit gepaart ist. Die Identität des Österreicher, welche damit konstruiert wird, ist nicht die eines mündigen, den gesellschaftlichen Prozeß aktiv mitgestaltenden Bürgers, der dabei auch Fehler begehen kann und der Gefahr schuldhafter Verstrickung ausgesetzt ist, mit der es sich auseinanderzusetzen gilt. Es ist die Identität eines braven Untertanen, der am politischen Prozeß vorsichtshalber nicht zu beteiligen ist, der sich aber auch gar nicht beteiligen will, den das alles eigentlich nichts angeht, der lieber auf „die da oben“ schimpft und sich hinter der Fassade einer political correctness versteckt, an die er selbst nicht zu glauben vermag.

Deutlich erkennbar wird diese Fassade in den Ergebnissen einer vergleichenden Analyse der konflikthafter Orientierung gegenüber Ausländern und ethnischen Minderheiten in den österreichischen Printmedien mit jener in der schweizerischen, deutschen, finnischen und estnischen Presse.

Mehr noch als in den in den anderen Ländern (92%) wird der Themenkomplex „Rassismus vs. Multikulturalismus“ in den österreichischen Printmedien (96%) nicht explizit thematisiert (Chi-Quadrat = 9.5570, df=1, $p < 0.005$), wobei diese Nicht-Thematisierung jedoch deutlich rassistische Untertöne hat, die in der Abwertung von Ausländern und ethnischen Minderheiten (Variable 5.7+), in der Konstruktion von Unterschieden zwischen „uns“ und „ihnen“ (Variable 5.3-), in der Forderung nach Priorität für die

Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung (Variable 5.5+) und – sehr vereinzelt – sogar in der Rechtfertigung ausländerfeindlicher Übergriffe (Variable 5.1-) zum Ausdruck kommen.

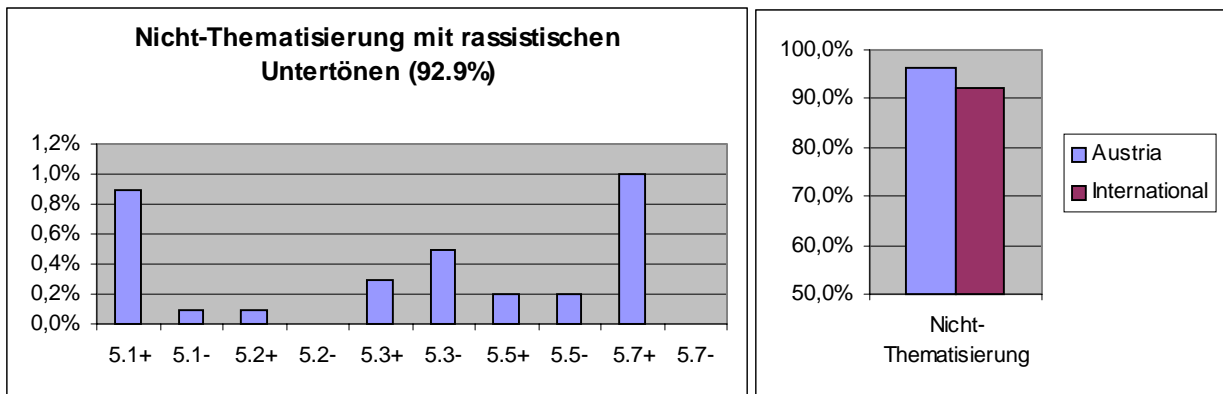


Abbildung 15: Nicht-Thematisierung mit rassistischen Untertönen in Österreich und den europäischen Vergleichsländern

Insgesamt überwiegen diese xenophoben Aspekte gegenüber der Verurteilung ausländerfeindlicher Übergriffe (Variable 5.1+), der Konstruktion von Gemeinsamkeiten zwischen „uns“ und „ihnen“ (Variable 5.3+), der Verteidigung von Minderheitenrechten (Variable 5.5-) und der Erwähnung des Schadens, welchen ausländerfeindliche Übergriffe für das eigene Land mit sich bringen (Variable 5.2+) im Verhältnis 6:5. Der generelle Unterton der Berichterstattung ist damit nicht nur in Österreich, sondern in all diesen Ländern zumindest ambivalent mit einer leichten Tendenz zu Ausländerfeindlichkeit, die umso deutlicher wird, wenn man berücksichtigt, daß mehr als die Hälfte dessen, was den xenophoben Tendenzen entgegengesetzt wird, der – schon aus Gründen der political correctness gebotenen – Verurteilung ausländerfeindlicher Übergriffe geschuldet ist. Die Grundstimmung, die darin zum Ausdruck kommt, ist damit nicht nur in Österreich, sondern auch in den anderen europäischen Ländern nicht gerade ausländerfreundlich.

Wenn Ausländerfeindlichkeit zum Thema wird, dann geschieht dies in einem von vier unterschiedlichen Argumentationsstilen, von denen in der österreichischen Presse allerdings nur drei vertreten sind:

- Der größte dieser Stile ist für insgesamt 2.5% der analysierten Artikel charakteristisch (Stil A) und durch das Bemühen um political correctness charakterisiert. Durchgehend werden ausländerfeindliche Übergriffe verurteilt (Variable 5.1+). Häufig wird darauf hingewiesen, daß solche Übergriffe dem Ansehen des eigenen Landes schaden (Variable 5.2+) und/oder es werden Gemeinsamkeiten zwischen „uns“ und „ihnen“ herausgestellt (Variable 5.3+). Gelegentlich findet auch eine Verteidigung von Minderheitenrechten statt (Variable 5.5-) oder wird die Abwertung von Ausländern und/oder Minderheiten zurückgewiesen (Variable 5.7-). Trotz dieses Bemühens um political correctness fließen in die Argumentation gelegentlich aber auch ausländerfeindliche Töne ein (Variable 5.7+), werden die

Unterschiede zwischen „uns“ und „ihnen“ betont (Variable 5.3-) und die Interessen der eigenen Bevölkerung in den Vordergrund gerückt (Variable 5.5+). Nur sehr vereinzelt gehen diese xenophoben Aspekte jedoch so weit, daß ausländerfeindliche Übergriffe verteidigt (Variable 5.1-) oder der Schaden, welchen sie für das Ansehen des eigenen Landes bewirken, heruntergespielt wird (Variable 5.2-).

Dies ist die einzige Form der Thematisierung von Ausländerfeindlichkeit, die in der österreichischen Presse mit vergleichbarer Häufigkeit auftritt wie in den anderen Ländern.

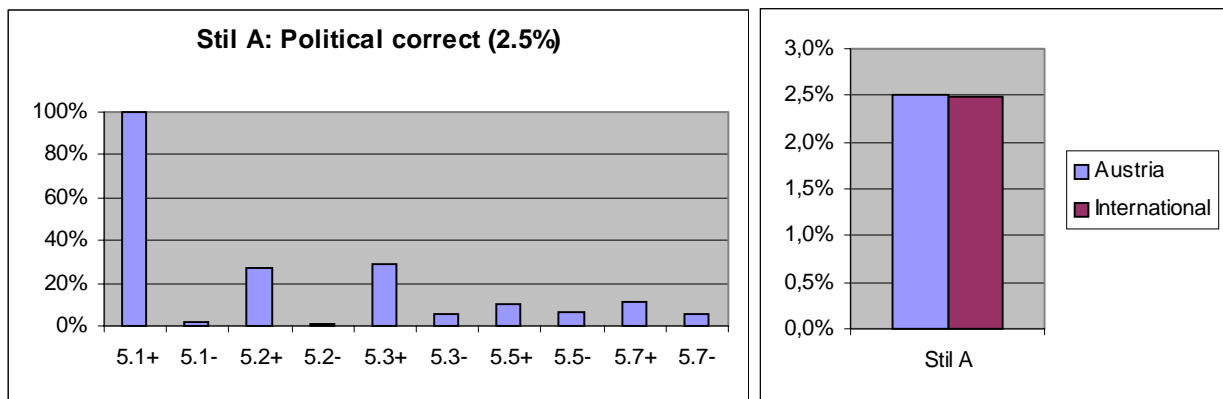


Abbildung 16: Political correctness in Österreich und den europäischen Vergleichsländern

- An zweiter Stelle (2.2% aller analysierten Artikel) folgt ein Argumentationstil (Stil B), der deutlich xenophobe Züge trägt und durch die Abwertung von Ausländern und/oder ethnischen Minderheiten (Variable 5.7+) und die Betonung der Interessen der eigenen Bevölkerung (Variable 5.5+) geprägt ist, die es gegen den Ansturm der Ausländer zu verteidigen gilt. Dabei werden nicht selten auch die Unterschiede zwischen „uns“ und „ihnen“ (Variable 5.3-) betont und in einzelnen Fällen sogar ausländerfeindliche Übergriffe gerechtfertigt (Variable 5.1-). Vereinzelt wird auch der Schaden geleugnet, den sie für das Ansehen des eigenen Landes mit sich bringen (Variable 5.2-). Auch dieser Stil ist dabei insofern noch um die Wahrung von political correctness bemüht, als er ausländerfeindliche Übergriffe gelegentlich verurteilt (Variable 5.1+), auf den Schaden hinweist, welchen sie anrichten (Variable 5.2+) oder die Abwertung von Ausländern und ethnischen Minderheiten zurücknimmt (Variable 5.7-).

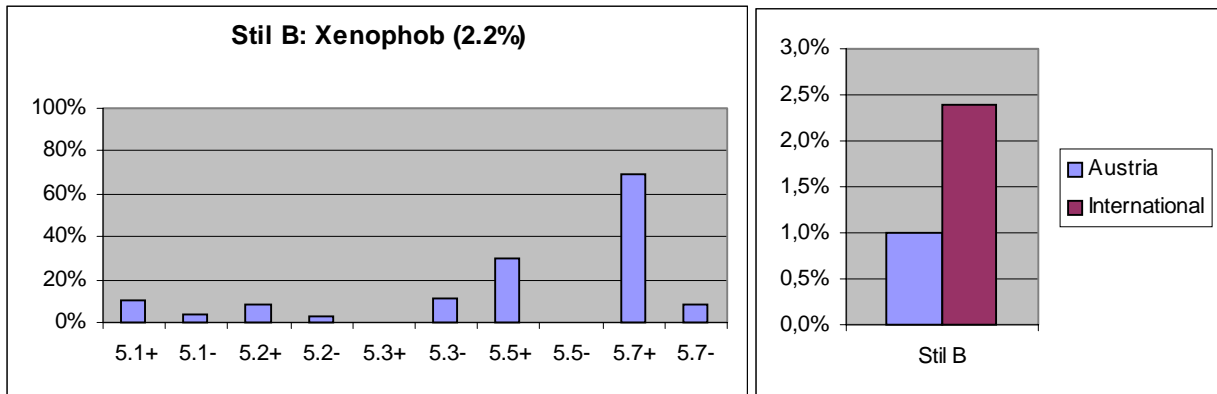


Abbildung 17: Der xenophobe Argumentationsstil in Österreich und den europäischen Vergleichsländern

- Während sich diese – bei Wahrung eines Restes an political correctness - offen xenophobe Argumentationsweise in Österreich (1%) bereits deutlich seltener findet als in den Vergleichsländern (2.4%), findet eine direkte Konfrontation der Interessen der eigenen Bevölkerung (Variable 5.5+) mit Rechten von Ausländern und Minderheiten (Variable 5.5-), die auch in den Vergleichsländern (0.35%) äußerst selten ist (Stil C), in der österreichischen Presse überhaupt nicht statt.

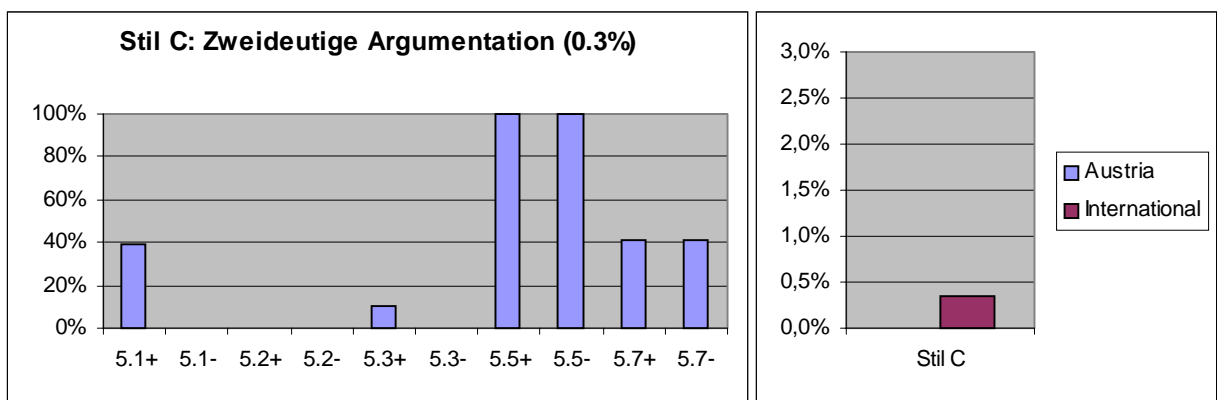


Abbildung 18: Zweideutige Argumentationen (überwiegend in der Schweiz)

Dieser Argumentationsstil, der häufig auch den Anspruch auf Privilegien für die eigene Bevölkerung (Variable 5.7+) mit Ausländer- und Minderheitenrechten konfrontiert, ausländerfeindliche Übergriffe verurteilt (Variable 5.1+) und gelegentlich Ähnlichkeiten zwischen „uns“ und „ihnen“ zum Ausdruck bringt (Variable 5.3+), ist allerdings zweideutig und kann ohne eine tiefgehende qualitative Analyse der durch ihn charakterisierten Texte nicht interpretiert werden. Wegen der Ausgewogenheit positiver und negativer Thematisierungen kann in diesem Stil, der mit nennenswerter Häufigkeit nur in der Schweiz zu finden ist (2.2%), sowohl eine antirassistische Argumentationsweise als auch eine ausländerfeindliche Stimmungsmache zum Ausdruck kommen.

- Eine eindeutig gegen Ausländerfeindlichkeit gerichtete Argumentationsweise, findet sich lediglich in Stil D, der die Gemeinsamkeiten zwischen „uns“ und „ihnen“ betont und in den Vergleichsländern mehr als zehn mal so häufig (2.4%) vorkommt wie in Österreich (0.2%).

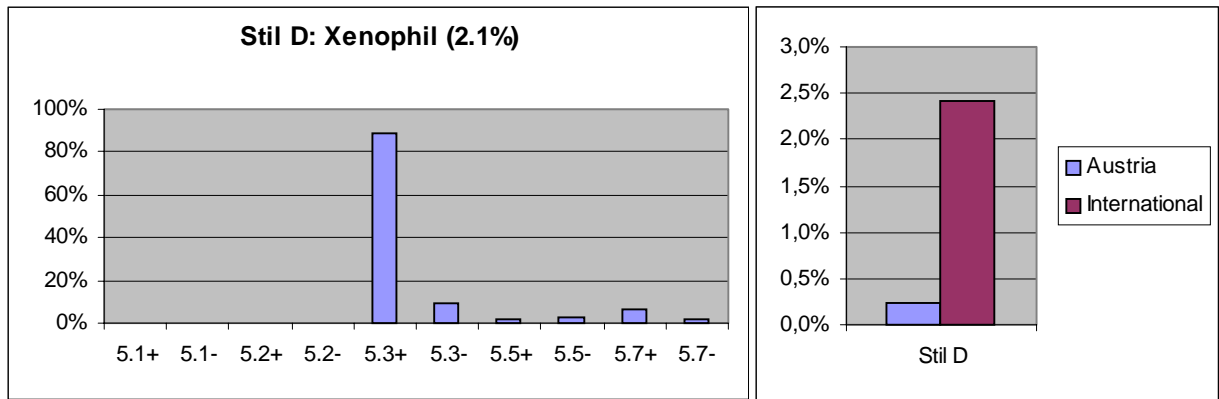


Abbildung 19: Der xenophile Argumentationsstil in Österreich und den europäischen Vergleichsländern

Noch häufiger als in Österreich erfolgte die Nicht-Thematisierung von Ausländerfeindlichkeit vor allem in der Presse der ehemaligen DDR (bis 1989), wo Rassismus weitestgehend tabuisiert war, sowie - sowohl in der linksgerichteten (FL) als auch in der gemäßigten (FG) - finnischen Presse. Das weitgehende Fehlen eines Diskurses über Ausländerfeindlichkeit, auch in der BRD und – deutlich weniger – in der Schweiz, dürfte u.a. der gesellschaftlichen Stabilität geschuldet sein, die während des Untersuchungszeitraumes in diesen Ländern geherrscht hatte.

In Estland dagegen fand sowohl in der estnischsprachigen Presse (EE) als auch in der Presse der russischsprachigen Minderheit (ER) ein äußerst kontroverser Diskurs statt, der teils durch political correctness (Stil A), teils durch Xenophobie (Stil B) und teils durch xenophile Argumentationsweisen (Stil D) geprägt war. In Reaktion auf ausländerfeindliche Übergriffe nach 1990 blieb Ausländerfeindlichkeit auch in den Medien der neuen deutschen Bundesländer weit seltener unthematisiert.

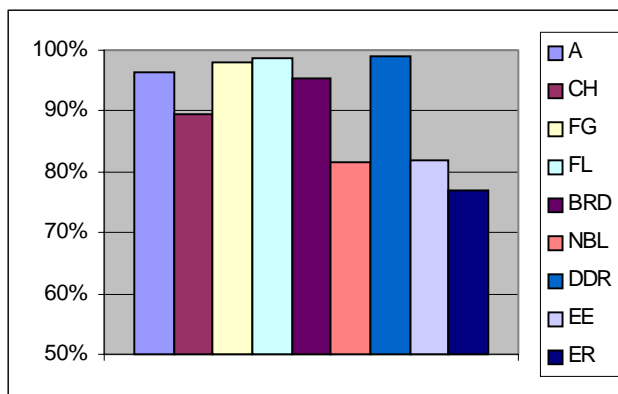


Abbildung 20: Nicht-Thematisierung von Ausländerfeindlichkeit vs. Multikulturalismus in den untersuchten Ländern

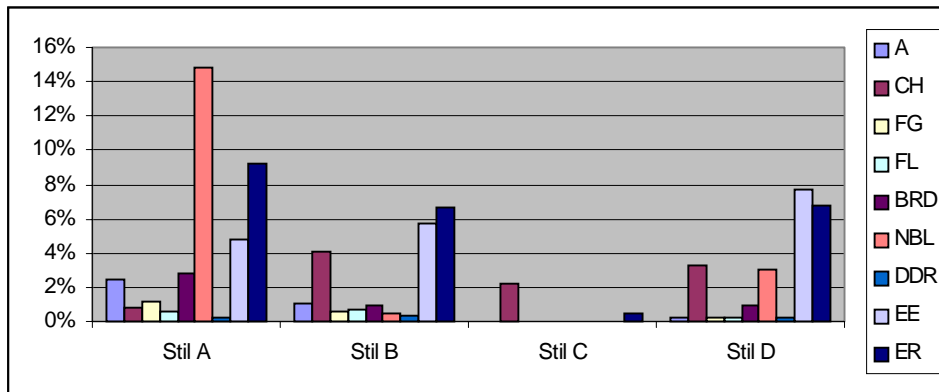


Abbildung 21: Thematisierung von Ausländerfeindlichkeit vs. Multikulturalismus in den untersuchten Ländern

Daß Ausländerfeindlichkeit in gesellschaftlichen Umbruchssituationen eher zum Thema wird, vermag die krassen Unterschiede zwischen den verschiedenen Ländern (Chi-Quadrat = 357.10, $df=32$, $p<0.001$) jedoch nur z.T. zu erklären. Als weiterer Erklärungsfaktor ist auch die Offenheit einer Gesellschaft für kontroverse Diskurse in Rechnung zu stellen, wie das Beispiel der schweizerischen Presse (CH) zeigt. Trotz gesellschaftlicher Stabilität findet ein Diskurs über Ausländerfeindlichkeit hier deutlich häufiger statt und wird auch deutlich kontroverser geführt als in Österreich, wo die Thematisierung von Ausländerfeindlichkeit – so sie denn überhaupt stattfindet – fast ausschließlich durch das Bemühen um political correctness (Stil A) geprägt ist.

Daß ein kontroverser Diskurs über Konfliktthemen geführt wird, ist dabei jedoch nicht einfach der Tragfähigkeit demokratischer Traditionen geschuldet, wie sie die Schweiz für sich in Anspruch nehmen kann, sondern ggf. sogar mehr noch dem mühsamen Ringen um die Etablierung einer demokratischen Kultur, wie wir es in Estland, aber auch in den neuen deutschen Bundesländern nach 1990 erleben, wo zwar ebenfalls political correctness (Stil A) den dominierenden Argumentationsstil darstellt, aber darüber hinaus auch sowohl xenophobe (Stil B) wie xenophile Thematisierungen (Stil D) zugelassen werden.

Anders als in diesen Ländern äußerten sich nationale und internationale gesellschaftliche Umbruchssituationen, welche die österreichische Nation mit Fragen der Aufnahme und Integration von Ausländern und ethnischen Minderheiten konfrontieren, jedoch fast ausschließlich darin, daß die österreichische Presse das Thema nicht völlig totschweigen konnte, sondern einen politisch korrekten Umgang damit suchte (Stil A), der das Aufkommen rassistischer Stimmungen in der Bevölkerung eher zudeckte, als ihnen etwas entgegenzusetzen. Dies gilt sowohl für die unmittelbare Nachkriegszeit, während derer Österreich mit Flüchtlingsströmen aus Osteuropa konfrontiert und in welcher der nationalsozialistische Rassismus noch in weiten Teilen der Bevölkerung virulent war, wie für die Jahre nach 1990, in denen das Flüchtlingsproblem erneut anstand. Und es gilt auch für die Ära Kreisky, in deren Anfangsjahren der sogenannte Ortstafelstreit in Kärnten massive rassistische Tendenzen in Teilen der Bevölkerung freisetzte, die sich in der österreichischen Presse

nach Ende der SPÖ-Alleinregierung zunehmend auch in Form von offen ausländerfeindlichen Thematisierungen (Stil B) niederschlagen begonnen, die zwar 1990-1995 immer noch deutlich seltener sind (1.9%) als im statistischen Durchschnitt der Vergleichsländer (3.8%), denen im Unterschied zu diesen (3.3%) aber auch keine positive Bezugnahme auf Ausländer und ethnische Minderheiten (Stil D) entgegengesetzt wird (0.2%).

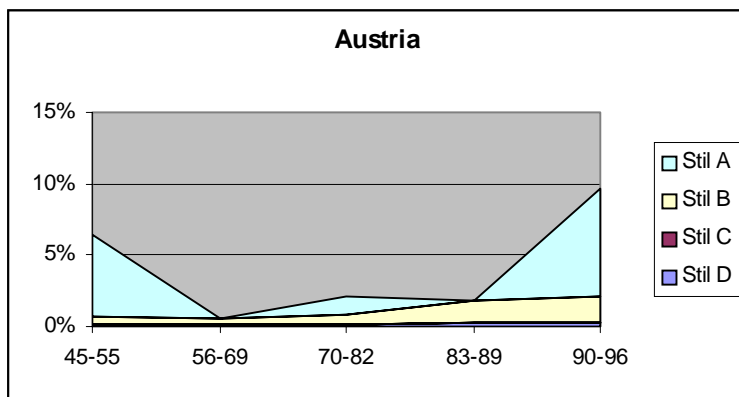


Abbildung 22: Thematisierung von Ausländerfeindlichkeit vs. Multikulturalismus in der österreichischen Presse im Zeitverlauf

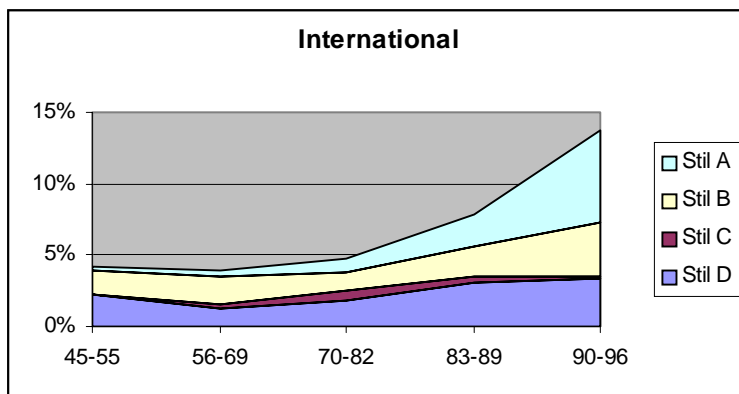


Abbildung 23: Thematisierung von Ausländerfeindlichkeit vs. Multikulturalismus in der Presse der Vergleichsländer im Zeitverlauf

4. Identitätssicherung und Populismus

Die Zunahme offen ausländerfeindlicher Tendenzen in der österreichischen Mainstream-Presse fällt zeitlich mit dem beginnenden Aufstieg der rechtspopulistischen FPÖ zusammen und zeigt deutlich, wie der Populismus der österreichischen Medien diesen Aufstieg gefördert hat. Im Nationalratswahlkampf 1999 konnte die FPÖ dann ganz offen ausländerfeindliche Slogans plakatieren, ohne daß denen von den bisherigen Großparteien SPÖ und ÖVP etwas entgegengesetzt wurde.



Abbildung 24: FPÖ-Wahlplakate im Nationalratswahlkampf 1999

Angesichts von Wahlprognosen, welche die FPÖ als zweitstärkste Partei - erstmals vor der ÖVP - sahen, wurde der veröffentlichte Diskurs nicht müde, die Politik und die Person Haider, der sich in der Vergangenheit wiederholt positiv auf Hitler bezogen hatte, zu verharmlosen, indem er sich fast ausschließlich um die Frage nach der Finanzierbarkeit des Wahlprogramms der FPÖ drehte und darüber den Eindruck entstehen ließ, als wäre Haider "nur irgend so ein Politiker", dem es halt etwas „an Feingefühl mangelte“. Dieser angebliche Mangel an Feingefühl "des - nach Bruno Kreisky - erfolgreichsten Politikers der 2. Republik" (Kopeinig, 1999, 2) wurde selbst von Kritikern bloß seiner narzistischen Persönlichkeit, der Verstrickung seiner Eltern in den Nationalsozialismus und der dominierenden Rolle der Mutter zugeschrieben (Zöchling, 1999) und gewann darüber den Nimbus alltäglicher Normalität.

Diese Reduzierung offen rechtsradikaler Tendenzen in der FPÖ auf einen bloßen „Mangel an Feingefühl“ Haider wurde von Bundeskanzler Schüssel schließlich sogar in die Präambel seiner Regierungserklärung übernommen:

„Vieles von dem, was jetzt über Österreich berichtet wird, ist nicht gerechtfertigt. Vieles wird undifferenziert dargestellt. Dieser überzogenen Kritik halte ich entgegen: Alle in diesem Haus vertretenen Parteien stehen zu den Grundwerten der Demokratie. Aber ich will nicht verschweigen, dass es ein Problem der Worte, der Sprache und der Tonlage gibt. Es gilt für uns alle, dass wir in Zukunft mehr Sensibilität in unseren Äußerungen walten lassen und mehr

Feingefühl gegenüber anderen zeigen. Jeder muss bei sich selbst anfangen!
Die Kritik des Auslands hat bisher leider nach diesen Worten und nicht nach
besseren Taten geurteilt...“

Der Internet-Präsentation der Regierungserklärung auf der Webseite der Republik Österreich, der dieses Zitat entnommen ist, ist in Druckbuchstaben der Hinweis vorangestellt: „Es gilt das gesprochene Wort“. Es ist wichtig, daran erinnert zu werden. Denn, wie bereits Thurnher (1999) feststellt: Es liegt keineswegs ein Mangel an Feingefühl vor, wenn Haider 'Stop der Überfremdung' plakatieren lässt. "Es handelt sich um die alte Taktik der Anspielung an ein Milieu, dessen er sich völlig gewiß ist, des rechtsradikalen" (1999, 5).²³ Und indem dies aus dem politischen Diskurs sowohl der Mainstream-Medien als auch der großen politischen Parteien ausgeklammert bleibt, erscheint das rechtsradikale Milieu selbst als etwas ganz Normales, degeneriert Demokratie zu bloßer Formsache, in der es um die Schaffung von parlamentarischen Mehrheiten, aber nicht mehr um demokratische Werte geht (Kempff, 2000).

Im Nationalratswahlkampf 1999 strafte die SPÖ des damaligen Bundeskanzlers Viktor Klima, der sich selbst einmal als „positiven Populisten“ definiert hat (vgl. Schandl, 2000a), die rassistische FPÖ-Wahlwerbung mit Nichtbeachtung. Dies war wohl auch dem Verdacht geschuldet, in diesen Plakaten könnte zum Ausdruck kommen, was auch die Mehrheit der Wähler denkt. Schließlich hatte Haider ja auch plakatieren lassen, er sei „Einer, der zuhören kann“ (der also weiß, was die Österreicher denken), und „Einer, der unsere Sprache spricht“ (der also, wie es sich für einen gnadenlosen Populisten gehört, dem Volke nach dem Munde redet). Da bleibt einem „positiven Populisten“ dann nur noch übrig, dem Volke dann nach dem Munde zu reden, wenn es „Positives“ denkt, und schweigend darüber hinwegzugehen, wenn das, was das Volk denkt, denn doch nicht so positiv sein sollte – denn Populist ist Populist, und wer dem Volke widerspricht, ist aus diesem Politikverständnis heraus nicht „fesch“, sondern „einfach blöd“.

Die der Fiktion von einem „positiven Populismus“ zugrundeliegende Gegenüberstellung „hier gute Demokraten, dort böse Rassisten“ ist irreführend. Denn, wie Schandl (2000b, 1) deutlich macht: „Sie sieht Trennungslinien, wo gerade eine volksgemeinschaftliche Verbundenheit der Inländer vorherrscht“. Unter dem Eindruck von Meinungsumfragen, in denen sich mehr als 50% der Österreicher offen als Rassisten bekennen, hat bereits die große Koalition aus SPÖ und ÖVP restriktive Ausländergesetze erlassen, die teilweise sogar von Haider (zit.n. Schandl, a.a.O.) als „Übernahme unserer Forderungen“ honoriert wurden. Und der wiener SPÖ-Bürgermeister Häupl begründet die Weigerung, Gemeindewohnungen an Ausländer zu vermieten, in einem *Falter*-Interview (John & Thurnher, 2000) ganz offen als Konzession an das rassistische Potential in der wiener Bevölkerung: „Fahren wir gemeinsam nach Paris und schauen uns an, was dort passiert ist: Der berühmte rote Gürtel der Gemeindebauten war einst der Hort der Kommunisten. Im Laufe der Zeit wurde er zur Hochburg Le Pens.“

Was solch ein „positiver Populismus“ hilft, der bereits zuvor auch von der österreichischen Presse über Jahrzehnte hin betrieben worden war, wenn es um konflikthaltige Themen ging, zeigte das Wahlergebnis vom 3. Oktober. Da wurde die FPÖ zur stärksten Arbeiterpartei Österreichs. Michael Häupl scheint dies entgangen zu sein.

²³ Zur sozialwissenschaftlichen Analyse dieser Anspielungspraxis siehe Januschek (1992).

Der spätere ÖVP-Bundeskanzler von Haider's Gnaden, Wolfgang Schüssel, versuchte die Strategie des Nicht-zur-Kenntnis-Nehmens selbst dann noch durchzuhalten, als er in einem *Falter*-Interview (Thurnher & Volf, 1999) mit den ausländerfeindlichen Wahlplakaten seines späteren Koalitionspartners direkt konfrontiert wurde. Auf die Frage, was er denn von diesen Plakaten halte, tut Schüssel, als ob nichts wäre und antwortet: "Solche Plakate habe ich das letzte Mal in den Fünfzigerjahren von den schlechtesten Grafikern gesehen".

Erst als er von den Interviewern darauf festgenagelt wird, was er *inhaltlich* davon halte, wechselt Schüssel die Strategie und versichert, daß Inhalt und Grafik für ihn zusammenhängen, die Plakate seien "peinlich". Flüchtlinge müßten immer in Europa einen Platz haben, was aber auch sogleich mit den Worten relativiert wird: "natürlich im Rahmen einer europäischen Solidarität". Und selbst wenn Schüssel dann bekennt, daß gerade Flüchtlinge Österreich sehr oft kulturell und wirtschaftlich bereichert hätten, widerspricht er damit nicht dem rechtsradikalen Grundtenor der FPÖ-Plakate "Österreich zuerst!", sondern stellt lediglich eine andere Nutzenrechnung für Österreich auf. Und, darauf angesprochen, ob er sich vorstellen könne, mit jemandem in eine Regierung zu gehen, der 'Stop der Überfremdung' auf seine Fahnen heftet, beschönigt Schüssel den Niedergang der politischen Kultur in Österreich, indem er ihn am europäischen Maßstab mißt: "Wahlkämpfe sind oft eine Zeit reduzierter Intelligenz und heraufgesetzter Emotionsschwellen. Gott sei Dank ist es in Österreich aber nicht so schlimm wie anderswo (...) Der Haider ist ein gnadenloser Rechtspopulist. Aber Sie haben in allen Ländern Europas diese Tendenzen".

Der political correctness ist damit Genüge getan, die Harmlosigkeit Österreichs ist präventiv wiederhergestellt, und die unverkennbaren rechtsradikalen Tendenzen sind auf das Niveau europäischer Normalität reduziert, vor welchem Hintergrund Österreich - auch unter einer künftigen schwarz-blauen Regierung Schüssel - geradewegs als Vorbild für Demokratie und Wahrung der Menschenrechte erscheint. So fällt es der schwarz-blauen Koalition später auch nicht schwer, das Kapitel „Aussen- und Europapolitik“ ihres Regierungsprogramms mit der fettgedruckten Erklärung zu beginnen:

„Die Bundesregierung tritt für ein gemeinsames Europa ein, das auf der Solidarität der Staaten unter Achtung der Vielfalt ihrer Geschichte, Kultur und Traditionen beruht, Freiheit, Frieden und Wohlstand sichert und die endgültige Überwindung der Teilung des europäischen Kontinents verwirklicht. Sie wird an diesem Vorhaben initiativ mitwirken und bekennt sich dabei ausdrücklich zu den in allen Mitgliedstaaten der EU gemeinsamen Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie, der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie der Rechtstaatlichkeit.“

Österreich ist genau das, als was es in seiner Bundeshymne besungen wird, und zwar *per definitionem*. Daran werden auch braune Flecken auf der weißen Weste seiner „großen Söhne“ nichts ändern.²⁴ Darin ist sich die politische Klasse mit den Mainstream-Medien einig, und wer kritische Fragen stellt oder Mißstände aufdeckt, ist ein Nestbeschmutzer, der sich des „haßerfüllten Geschwafels“ – so der äußerst

²⁴Vgl. hierzu symptomatisch die bereits erwähnte Waldheim-Affäre. Anderen „großen Söhnen“, wie z.B. Herbert von Karajan, der noch vor dem Anschluß in die damals verbotene NSDAP eingetreten war, ist es erspart geblieben, daß ihre Vergangenheit öffentlich rezipiert wurde.

populäre Kolumnist „Staberl“ in der *Kronenzeitung* vom 2.3.2000 – schuldig macht, und dem es letztlich anzulasten ist, daß „viele Österreicherinnen und Österreicher (...) aufgrund von Demonstrationen und medialer Berichterstattung plötzlich den Eindruck (haben), die Welt sieht uns anders als wir uns sehen“, wie man in Schüssels Regierungserklärung nachlesen kann.

Daß dies so bleibt, daß Österreich sich weiter so sehen kann, wie es sich in seiner Hymne besingt, werden die Mainstream-Medien weiterhin mit aller Macht sicherzustellen versuchen. Während der österreichische Rundfunk von Haider's FPÖ aufs Korn genommen wird, untersagt dieser seinen Moderatoren schon einmal vorsorglich, über Ort und Termine von Demonstrationen gegen die schwarz-blaue Regierung zu berichten. Und ORF-Generalintendant Gerhard Weis (zit.n. John, 2000) stellt seine Mitarbeiter vor die eindeutige Alternative: „Wer im Informationsbereich tätig ist und privat zu einer Antiregierungsdemo gehen will, muss sich um einen anderen Job umsehen.“

Gleichwohl besteht Hoffnung, daß diese Rechnung nicht aufgeht. Für manche Österreicher, denen die Frage nach ihrer nationalen Identität praktisch bedeutungslos war, hat sich schlagartig etwas geändert: „Plötzlich hat es Bedeutung, Österreicherin zu sein“, schreibt eine Historikerin (!) in einem *Falter*-Leserbrief,²⁵ „Plötzlich vermischt sich meine persönliche Familiengeschichte mit der aktuellen politischen Lage. Bisher war es nicht von Bedeutung, zwei Großväter gehabt zu haben, die Nationalsozialisten gewesen sind. Bisher war es auch nicht von Bedeutung, Eltern zu haben, die auch heute noch keine Ahnung haben, wie hochgradig beteiligt Österreich an den Verbrechen Nazideutschlands gewesen ist (...). Jetzt hat plötzlich all das Bedeutung, und meine private Scham wird zum Ausgangspunkt einer unbedingt notwendigen Positionierung meiner Person als Staatsbürger. Zum ersten Mal ist es unentbehrlich, Meinung zu äußern und Stellung zu beziehen. Ich schäme mich für meine eigene jahrelange politische Unbedarftheit, für die Interessenlosigkeit meiner Eltern und die Totschweigepraxis meiner Großeltern. Und daher formuliere ich als Österreicherin meinen Protest gegen eine Regierung, die eindeutig und unleugbar und unverschämt rechtsextrem ist“.

Literatur

- Behr, Hans-Georg (1999). Feschismus als Trauma. *Neues Deutschland*, 11.12.1999, 16.
- Eppel, Peter & Lotter, Heinrich (1982). Dokumentation zur österreichischen Zeitgeschichte. 1955-1980. Wien: Jugend und Volk.
- Falkner, Gerda (1995). Österreich und die europäische Einigung. In Sieder, Reinhard, Steinert, Heinz & Tálós, Emmerich (eds). *Österreich 1945-1995*. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik.
- Fian, Antonio (2000). Im neuen Österreich. Szenenbeschreibung. Wie reden die Leute in einem Land, das kein Naziland ist?. *Falter* 8/00, 7.
- Gessenharter, Wolfgang (2000). „So etwas wie ein rot-weiß-roter Volkstribun“. Jörg Haider und die Neue Rechte auf dem Sprung zur politischen Hegemonie? *Frankfurter Rundschau*, 30.3.2000, 21.
- Haider, Jörg (1997). *Befreite Zukunft jenseits von links und rechts. Menschliche Alternativen für die Brücke ins neue Jahrtausend*. Wien: Ibero.

²⁵ *Falter*, 8/00, 4.

- Heinrich, Arthur (2000). Europas innere Angelegenheit. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 3/2000, 331-334
- Januschek, Franz (1992). Rechtspopulismus und NS-Anspielungen am Beispiel des österreichischen Politikers Jörg Haider. Düsseldorf: Institut für Sprach- und Sozialforschung. DISS-Texte Nr. 15.
- Jelinek, Elfriede (1987). In den Waldheimen und auf den Haidern. In: Alms, Barbara (ed.). Blauer Streusand. Frankfurt/Main: Surkamp, 42-44.
- John, Gerald (2000). Nicht füttern, nicht reizen. *Falter*, 9/00, 16-17.
- John, Gerald & Thurnher, Armin (2000). „Haider bleibt ein Problem“. *Falter* 9/00, 8-9.
- Kempf, Wilhelm (1994). Towards an Integration of Quantitative and Qualitative Content Analysis in Propaganda Research. Diskussionsbeiträge der Projektgruppe Friedensforschung Konstanz, Nr.27/1994.
- Kempf, Wilhelm (2000). Die „Friedensmacht Europa“ am Vorabend des dritten Mitteniums. In ÖSFK (ed.), Studien für europäische Sicherheitspolitik, Band 5, Konflikt und Gewalt. Münster: agenda.
- Kittner, Dietrich (1999). Aus meinem Kriegstagebuch. Beobachtungen zum Balkankrieg. Essen: Neue Impulse Verlag.
- Klusacek, Christine & Stimmer, Kurt (1984). Dokumentation zur österreichischen Zeitgeschichte. 1918-1928. Wien: Jugend und Volk.
- Kopeinig, Margaretha (1999). Hintergrund zu Haider und ein Lesebuch über die Neutralität. *Kurier*, 13.9.1999, 2.
- Liessmann, Konrad Paul (1999). Laudatio zur Verleihung des Österreichischen Staatspreises für Kulturpublizistik an Robert Menasse am 12. Mai 1999. In: Menasse, Robert. Dummheit ist machbar. Begleitende Essays zum Stillstand der Republik. Wien: Sonderzahl, 160-167.
- Luostarinen, Heikki (1998). Die Konstruktion nationaler Identitäten in den Medien. Einführung in ein Forschungsprojekt. In: Kempf, Wilhelm & Schmidt-Regener, Irena (eds). Krieg, Nationalismus, Rassismus und die Medien. Münster: LIT, 143-148.
- Matheiss, Uwe & Jelinek, Elfriede (1999). Wahlreaktion I: Uwe Matheiss und Elfriede Jelinek. <http://www.literaturhaus.at/headlines/1999/10/22>.
- Mattenschlager, Andreas (1997). Konstruktion nationaler Identitäten in Europa nach dem 2. Weltkrieg. Eine medienpsychologische Untersuchung zum nationalen Selbstbild in Deutschland von 1945 – 1955. Psychol. Diplomarbeit, Universität Konstanz.
- Menasse, Robert (1999). Dummheit ist machbar. Begleitende Essays zum Stillstand der Republik. Wien: Sonderzahl.
- Nestele, Inge (1998). Einige Aspekte nationaler Identitätskonstruktion in deutschsprachigen Printmedien. Eine medienpsychologische Untersuchung zum nationalen Selbstbild in Deutschland, Österreich und der Schweiz von 1945 bis 1995. Psychol. Diplomarbeit, Universität Konstanz.
- Nonhoff, Stephan (1995). „In der Neutralität verhungern?“: Österreich und die Schweiz vor der europäischen Integration. (Vol.5). Münster: agenda.
- Olt, Reinhard (2000). Österreich ohne Friedenszins. *Frankfurter Allgemeine*, 8.2.2000, S.1.
- Ptak, Ralf (2000). Wer Haider wirklich ist. *Junge Welt*, 4.2.2000.
- Rebhandl, Bert (2000). Österreich. In Scherzhaft. *Berliner Zeitung*, 1.4.2000, 13.
- Reunanen, Esa & Suikkanen, Risto (1999). Latent Class Analysis: Wandering in Latent Space. Diskussionsbeiträge der Projektgruppe Friedensforschung Konstanz, Nr. 44/1999.
- Riedle, Hubert (1997). Konstruktion nationaler Identität in schweizerischen Printmedien. Psychol. Diplomarbeit, Universität Konstanz.
- Rüegg, Claus (1998). Einige Aspekte der nationalen Identität Österreichs nach dem zweiten Weltkrieg. In: Kempf, Wilhelm & Schmidt-Regener, Irena (eds). Krieg, Nationalismus, Rassismus und die Medien. Münster: LIT, 149-158.
- Rüegg, Claus (1999). Konstruktion nationaler Identität in österreichischen Printmedien. Psychol. Diplomarbeit, Universität Konstanz.
- Schandl, Franz (2000a). „G'schen muss was“. Über den Zusammenhang von Demokratismus und Populismus. *Iz3w*, 242, Januar 2000.
- Schandl, Franz (2000b). Der gleiche Bottich. Österreich. Haider spitzt zu was die EU vorhat. *Freitag*, 4. 2. 2000, 1.
- Scholik, Nikolaus (2000). Chirac handelte aus rein innenpolitischen Motiven. *Die Presse*, 1.3.2000, 2.
- Thurnher, Armin (1999). Ein Hauch von Wende. *Falter* 37/99, 5.
- Thurnher, Armin (2000). Vier Führer. *Falter* 8/2000, 5.

- Thurnher, Armin & Volf, Patrik (1999). "Klima ist ein Plüschtier". Interview mit Wolfgang Schüssel. *Falter* 37/99, 8.
- Türk, H. (1997). Österreich im Spannungsfeld von Neutralität und kollektiver Sicherheit (Vol. 109). Wien: Verlag Österreich.
- Vestring, Bettina (2000). FPÖ-Minister erzwingt Treffen mit Hans Eichel in Brüssel. *Berliner Zeitung*, 14.3.2000, 9.
- Volf, Patrik (2000). Europas Grenzgänge. *Falter* 8/00, 6.
- Wilhelm, Markus (1996). Wir Haiderwähler und wir Nichthaiderwähler, *FOEHN* 22, S.19.
- Winter, Balduin (2000). Wende in Schwarz-Blau. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 3/2000, 322-327.
- Zöchling, Christa (1999). Haider. Licht und Schatten einer Karriere. Wien: Molden.

Anhang 1: Untersuchungsdesign des Projekts „Media Construction of National Identities in Post-War Europe“

Gegenstand der Untersuchung ist die Konstruktion nationaler Identität in der Mainstream-Presse in Österreich, der Schweiz, Finnland, Deutschland und Estland zwischen 1945 und 1996. Dabei wurde in jedem Land (mindestens) eine überregionale Zeitung, eine Regionalzeitung und (soweit existent) eine Boulevardzeitung in die Untersuchung aufgenommen und darauf geachtet, daß durch die Auswahl der Zeitungen auch das politische links-rechts Spektrum abgedeckt wurde. In der österreichischen, schweizerischen und deutschen Teilstudie waren dies die folgenden Pressezeugnisse:

	Überregional	Regional	Boulevard
Österreich	Die Presse Arbeiterzeitung (bis '91)	Salzburger Nachrichten	Kronenzeitung (ab '59)
Schweiz	Neue Züricher Zeitung Tagesanzeiger	Thurgauer Zeitung	Blick (ab '59)
Deutschland	Frankfurter Allgemeine Zeitung (BRD) Neues Deutschland (DDR/NBL) ²⁶	Südkurier (BRD) Berliner Zeitung (DDR/NBL)	Bild (BRD, ab '53)

In Finnland wurde sowohl die gemäßigt bürgerliche als auch die linksgerichtete Presse untersucht, in Estland sowohl die estnisch- als auch die russischsprachige Presse.

Der Untersuchungszeitraum erstreckte sich von 1945 bis 1996, wobei in jedem dieser Jahre²⁷ mindestens ein Tag von nationaler Bedeutung (z.B. der Nationalfeiertag) in die Stichprobe aufgenommen wurde, an dem zu erwarten war, daß die nationale Identität / Perspektive / Geschichte etc. ein besonders prominentes Thema darstellen würde.²⁸

In die Untersuchung aufgenommen wurden alle an diesen Tagen erschienenen Leitartikel, Kommentare und politischen Nachrichten mit Bezug zum Thema „Nationale Identität“ im weitesten Sinne. Diese Artikel wurden mit einem (weitgehend) einheitlichen inhaltsanalytischen Kodiersystem ausgewertet, das insgesamt 12 Variablengruppen bzw. Dimensionen der nationalen Identität umfaßte. Aus den so gewonnenen Daten wurden mittels der auf Lazarsfeld zurückgehenden Latent-Class-Analyse latente Stile der Identitätskonstruktion extrahiert (vgl. hierzu methodisch Kempf, 1994; Reunanen & Suikkanen, 1999).²⁹

²⁶ DDR bis 1989; NBL = „Neue Bundesländer“, ab 1990.

²⁷ In Estland wurden vor 1987 lediglich die Jahre 1947, 1956, 1969 und 1975 erfaßt. Das Jahr 1945 wurde nur in Finnland, 1996 nur in Estland erfaßt.

²⁸ Zur genauen Dokumentation der Stichprobe und der Untersuchungstage vgl. Anhang 2.

²⁹ Zur genauen Definition der inhaltsanalytischen Variablen, welche der vorliegenden Studie zugrundeliegen vgl. Anhang 3.

Anhang 2: Dokumentation der internationalen Vergleichstudie zu „Ausländerfeindlichkeit vs. Multikulturalismus“

Stichprobe

Österreich	A = Österreich	1946-1995	n = 473
Schweiz	CH = Schweiz	1946-1995	n = 401
Finnland	FG = gemäßigte Presse	1945-1995	n = 942
	FL = linksgerichtete Presse	1945-1995	n = 271
Deutschland	BRD = (ehemalige) Bundesrepublik	1946-1995	n = 363
	DDR = Deutsche Demokratische Republik	1946-1989	n = 181
	NBL = neue Bundesländer	1990-1995	n = 30
Estland	EE = estnischsprachige Presse	1947-1996	n = 448
	ER = russischsprachige Presse	1947-1996	n = 204
Gesamt			n = 3313

Untersuchungstage

A	1946-1955	27. April	Jahrestag des Endes des 2. Weltkriegs
	1955	15. Mai	Abschluß des Staatsvertrags
		26. Oktober	Verkündung der immerwährenden Neutralität
	1956-1995	26. Oktober	Tag der Fahne (Nationalfeiertag)
	1965, 1975 1985, 1995	27. April 15. Mai	Jahrestag des Endes des 2. Weltkriegs Jahrestag des Staatsvertrages
CH	1946-1995	1. August	Nationalfeiertag
FG FL	1945, 1948	1. Januar	Neujahr
	1956, 1968 1975, 1982	1. Mai	Tag der Arbeit
		24. Juni	Mittsommernacht
	1989, 1993 1995	30. November	Gedenktag des Winterkriegs
		6. Dezember	Unabhängigkeitstag
			2 herausragende nationale oder internationale Ereignisse des Jahres 1 prominentes (nationales) Kulturereignis des Jahres
BRD	1946-1953	8. Mai	Jahrestag des Endes des 2. Weltkriegs
	1949	23. Mai	Verkündung des Grundgesetzes der BRD
		7. Oktober	Gründung der DDR
	1954-1990	17. Juni	Jahrestag des Arbeiteraufstandes in der DDR (Nationalfeiertag)
	1990	3. Oktober	Deutsche Wiedervereinigung
	1991-1995	3. Oktober	Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung (Nationalfeiertag)
DDR	1946-1949	8. Mai	Tag der Befreiung (vom Hitlerfaschismus)
	1949	23. Mai	Verkündung des Grundgesetzes der BRD
		7. Oktober	Gründung der DDR
	1950-1989	7. Oktober	Jahrestag der Gründung der DDR (Nationalfeiertag)
NBL	1990	3. Oktober	Deutsche Wiedervereinigung
	1991-1995	3. Oktober	Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung (Nationalfeiertag)

EE ER	1947,1956	1.Januar	Neujahr
		23.Februar	Tag der Sowjetarmee
	1969,1975	1.Mai	Tag der Arbeit
		24.Juni	Mittsommernacht
		1987,1988	1.Januar
	1987,1988	24.Februar	Nationaler Unabhängigkeitstag
		1.Mai	Tag der Arbeit
		24.Juni	Mittsommernacht
	1989-1996	1.Januar	Neujahr
		24.Februar	Nationaler Unabhängigkeitstag
		1.Mai	Tag der Arbeit
		23.Juni	Victory Day

Ergebnisse der Latent-Class-Analyse

Goodness-of-fit Statistiken

Stichprobenumfang = 3313
 Different patterns = 56
 Possible patterns = 1024

h	* LOG-Like.	* Npar.	* LIK.ratio	* DF.	* AIC
1	* -2318.568	* 10	* 718.351	* 1013	* 4657.137
2	* -2064.255	* 21	* 209.724	* 1002	* 4170.510
3	* -2044.453	* 32	* 170.120	* 991	* 4152.906
4	* -2031.397	* 43	* 144.008	* 980	* 4148.794
5	* -2019.245	* 54	* 119.704	* 969	* 4146.490 <=
6	* -2012.765	* 65	* 106.744	* 958	* 4155.530
Saturated model		* -1959.393			

5-Klassen-Lösung

Klassen-Nr	Klassengröße	Argumentationsstil
1	2.5%	A
2	2.2%	B
3	2.1%	D
4	92.9%	Nicht-thematisiert
5	0.3%	C

Klasse	5.1+	5.1-	5.2+	5.2-	5.3+	5.3-	5.5+	5.5-	5.7+	5.7-
1	0.999	0.022	0.273	0.012	0.289	0.058	0.104	0.062	0.116	0.058
2	0.099	0.034	0.084	0.028	0.000	0.110	0.299	0.000	0.692	0.084
3	0.000	0.000	0.000	0.000	0.886	0.095	0.016	0.031	0.063	0.016
4	0.009	0.001	0.001	0.000	0.003	0.005	0.002	0.002	0.010	0.000
5	0.392	0.000	0.000	0.000	0.102	0.000	1.000	1.000	0.407	0.407
Gesamt	0.037	0.002	0.010	0.001	0.029	0.011	0.014	0.007	0.030	0.005

Anhang 3: Inhaltsanalytische Variablen

Geschichtsinterpretationen

3.2+	Positive Bewertung historischer Aspekte vor 1938 und/oder nach 1945
3.2-	Negative Bewertung solcher Aspekte
3.3.1+	Betonung der Opferrolle Österreichs im Zeitraum von 1938-1945
3.3.1-	Eingeständnis eigener Schuld
3.4-	Negative Bewertung historischer Aspekte der NS-Zeit
3.8+	Erwähnung von Perioden fruchtbarer Zusammenarbeit mit anderen Staaten

Patriotismus und Selbstkritik

2.1+	Äußerung von Stolz auf eigene Nationalität (auch indirekt)
2.1-	Relativierung dieses Stolzes
2.3+	Erwähnung von (sozialen, ökonomischen, ökologischen, politischen etc.) Errungenschaften des eigenen politischen Systems
2.3-	Negative Bewertung solcher Aspekte
2.4+	Feststellung einer (zu) geringen Identifikation der Bürger mit ihrer Nation
2.7+	Äußerung von nationaler Selbstkritik (z.B. an weltfremdem Patriotismus oder euphemistischer Geschichtsschreibung)
2.7-	Äußerung von Stolz auf das eigene Land und/oder Zurückweisung von nationaler Selbstkritik

Demokratische Kultur und internationale Eigenverantwortung

11.2+	Österreich/die Schweiz ist eine Erfolgsstory und/oder es ist ein „Lottogewinn“ Österreicher/Schweizer zu sein. Die Zukunft der Nation beinhaltet hauptsächlich große Möglichkeiten und Hoffnungen (Optimismus)
12.5+	Österreich/die Schweiz hat einen guten Ruf in anderen Ländern (z.B. ökonomische Stärke, demokratische und gleichberechtigte Gesellschaft etc.)
11.3+	Die nationalen Probleme und Herausforderungen in der Zukunft stehen in Verbindung zum Funktionieren demokratischer Einrichtungen (Meinungs-, Presse-, Versammlungsfreiheit etc.) und/oder der Überwindung des Faschismus
12.9+	Obwohl nur ein kleines Land, ist Österreich/die Schweiz in der Lage, eine aktive/kreative/unabhängige Rolle in der internationalen Politik und Wirtschaft zu spielen. / Die Nation hat humanitäre Verpflichtungen gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft (z.B. Entwicklungshilfe, humanitäre Hilfe, Friedenserhaltung) (Aktivität)

Demokratische Kultur und nationale Eigenverantwortung

11.11+	Die staatlichen Autoritäten sind verpflichtet, demokratische und/oder soziale Rechte der Bürger (z.B. Gerechtigkeit, Sicherheit, Bildung, medizinische Versorgung, soziale Sicherheit etc.) sicherzustellen
11.11-	Relativierung oder Zurückweisung dieser Auffassung
11.12+	Österreich/die Schweiz ist eine zu staatsorientierte Gesellschaft, in welcher die Zivilgesellschaft zu schwach ist und/oder die einzelnen Bürger zu passiv sind
11.12-	Relativierung oder Zurückweisung dieser Auffassung

Neutralität

10.1+	Darstellung von außenpolitischem (und/oder humanitärem) Engagement (z.B. Vermittlung/Engagement innerhalb der Vereinten Nationen)
10.2+	Befürwortung von Unabhängigkeit, Neutralität und Sicherheit sowie Vermeidung von „unnötigem internationalem Engagement“
10.2-	In-Frage-Stellung der Neutralität
10.3+	Befürwortung eines stärkeren internationalen Engagements

Ausländerfeindlichkeit vs. Multikulturalismus

5.1+	Verurteilung von Übergriffen gegen Ausländer oder ethnische Minderheiten
5.1-	Relativierung oder Zurückweisung solcher Verurteilungen
5.2+	Fremdenhaß und/oder ausländerfeindliche Übergriffe schaden dem Ansehen der eigenen Nation
5.2-	Relativierung oder Zurückweisung dieser Ansicht
5.3+	Konstruktion von Ähnlichkeiten zwischen „uns“ und „ihnen“
5.3-	Konstruktion von Unterschieden zwischen „uns“ und „ihnen“
5.5+	Forderung, daß die Nation zuerst für ihre eigenen Bürger sorgen muß und/oder daß die Arbeitsplätze und/oder der Lebensstandard der eigenen Bevölkerung vor dem Ansturm der Ausländer oder Asylanten zu schützen ist
5.5-	Relativierung oder Zurückweisung dieser Forderung
5.7+	Abwertung von Ausländern (durch rassistische Ausdrücke), auch indirekt (z.B. durch Forderung von Privilegien für die eigene Bevölkerung)
5.7-	Relativierung oder Zurückweisung einer solchen Abwertung